

Bildung im Fokus

Personalmangel, überfüllte Klassen,
lange Wartelisten für Kinder mit Förderbedarf

**BILDUNG IST
DASEINSVORSORGE**
Kindergarten ist
kein Geschäftsmodell

**ZUZUG UND
REFORMEN**
1.200 neue Schul-
klassen in zehn Jahren

**BESCHÄMTES
SCHWEIGEN**
Psychische Erkrankungen
dürfen nicht tabu sein

**AMPEL:
BLINDENAKUSTIK**
Schneller Grün -
Mythos oder Fakt?

FSG

Inhalt teamwork 04 | 2025



POLITIK & GEWERKSCHAFT

- 04 Thema:** Bildung ist Teil der Daseinsvorsorge
- 07 Meinung:** Bildung in der Notaufnahme
- 08 Im Gespräch:** Geschäft: 1.200 neue Schulklassen in zehn Jahren
- 11 In Zahlen:** Bildung im Wandel
- 12 Dienststellen:** Elementarpädagogik aus dem Gleichgewicht
- 14 Empfehlung:** „Der Politik sollte die Zukunft unseres Landes viel mehr wert sein“
- 16 Dienststellen:** Vor den Vorhang
- 17 Querräuber:** Es geht um die Zukunft unserer Kinder!
- 18 Dienststellen:** System am Limit – Weckruf aus der Kinder- und Jugendhilfe
- 20 Meinung:** Beschämtes Schweigen

SERIE

- 21 Klima:** Wien macht eine runde Sache d'raus
- 22 Frauen:** Menschenrecht = Frauenrecht!
- 23 Behinderung:** Barrierefreiheit – Vision oder gelebte Realität?
- 24 Fragen & Antworten:** Aus- und Weiterbildung (während der Dienstzeit)
- 25 Bildung:** Evaluierte Dienstausbildung
- 26 Jugend:** Lehre mit Perspektive – die Stadt Wien zeigt, wie's geht
- 27 Europa:** Bildung in Europa – es fehlt an beiden Enden

GESUND & LEBEN

- 28 HERA:** Früherkennung und ganzheitliche Betreuung
- 29 KFA:** Gemeinsam gesund – gemeinsam erfolgreich



SERVICE

- 30 Dienststellen:** Die aktuelle Grippesaison
- 31 Kurzmeldung:** „Monument der Stadt. Rathaus Wien“
- 32 Hauptgruppe 1:** Ein Abend der Begegnung
- 34 KSV:** Oase für Gemeindebedienstete
- 35 Echt gut! Echt böse!**
Meinung: Kürzungspolitik als Nährboden für Rechtsruck

VIELSEITIGER MAGISTRAT

- 36 MA 33:** Mythos vs. Fakt – Blindenakustik

Liebe Leserin, lieber Leser,

HG 1-SERVICE & RASCHE INFO

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Gerald Bauer

gerald.bauer@wien.gv.at

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Bildung, Internationale Vertretung und Jugend

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Mitgliederservice

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

**Nähere Informationen entnehmen Sie
bitte unserer Homepage www.hg1.at**



Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

er ist nicht flüssig, er ist nicht flockig, aber er ist nötig: der Blick auf Details der **Bildungspolitik**. Der weckt bei der einen oder dem anderen (da und dort vielleicht auch nicht so erfreuliche) Erinnerungen an die Schulzeit. Auch deswegen schauen wir in dieser Ausgabe die Bildungspolitik ganz genau an.

Der Blick ist nicht auf Wien beschränkt, weil das Thema nicht nur in der Bundeshauptstadt facettenreich ist, sondern in alle Ebenen hineinspielt: in die der Stadt, der Bundesländer und der Bundespolitik. Wie Bildung vermittelt wird, ist eine zentrale Frage einer Gesellschaft und entscheidet, ob und wie eine Gesellschaft in Frieden lebt, wie widerstandsfähig sie als Ganzes, wie wehrhaft eine Demokratie ist.

Über die Herausforderungen in der elementaren Bildung in Wien sprechen Karin Broukal, Leiterin der MA 10 (Kindergärten), und Manfred Obermüller, Vorsitzender der yunion-Hauptgruppe 1, ab Seite 4. Dann berichtet Andrea Trattnig, Leiterin der MA 56 (Schulen), ab Seite 8 über die Situation an den Wiener Pflichtschulen. Ab Seite 18 verschaffen wir dem Weckruf aus der Kinder- und Jugendhilfe Gehör. Auf Seite 23 ist Thema, wie wichtig **barrierefreier Zugang** zu Arbeit und Bildung ist.

Auf Seite 24 stellen wir die Aus- und Weiterbildung während der Dienstzeit in den Mittelpunkt, auf Seite 27 Bildung auf **Europa-Ebene**. Zu viel des Guten? Nie und nimmer: Denn wir erleben gerade, wie versucht wird, Bildung zum Spielball der Vergänglichkeit der Tagespolitik zu machen. Dem muss entgegengehalten werden. Denn sonst wird das Fundament **demokratiepolitischen Zusammenlebens** beschädigt, wie Barbara Blaha, Leiterin des Momentum-Instituts, schreibt: „Wo Bibliotheken schließen, wo der Bus nur noch einmal am Tag fährt oder wo die Kinderbetreuung dünn ist, dort bröckelt das Wir-Gefühl.“ Für die Gewerkschaft ist eines klar: **Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und Teil der Daseinsvorsorge**. Sie darf nicht an Private ausgelagert werden.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre! ○

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: **IMPRESSUM MEDIENINHABER, HERAUSGEBER UND VERLEGER:** FSG in der yunion – Die Daseinsgewerkschaft – Landesgruppe Wien – Hauptgruppe 1, 1030 Wien, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock, Tel.: 01-4000 83710, DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 788 81 85 12 **VORSITZENDER:** Manfred Obermüller **STV:** Margit Pollak, Kurt Mrzena-Merdinger **REDAKTIONSKOMITEE:** Phillip Böcskő, Regina Müller, Kurt Mrzena-Merdinger, Manfred Obermüller, Beate Orou, Gerhard Pledl, Margit Pollak, Bernhard Radl, Astrid Schlesier, Michael Witzmann **CHEFREDAKTION:** Karin Zauner-Lohmeyer **LAYOUT:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien **ERSCHEINUNGSORT:** Wien **ERSCHEINUNGSART:** mindestens vier Mal jährlich **HERSTELLER:** Print Alliance HAV Produktions GmbH **UZZ24:** produziert gemäß Richtlinie Uz24 des Österreichischen Umweltzeichens, Print Alliance HAV Produktions GmbH, UW-Nr. 715 | Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet. **COVERFOTO:** Adobe Stock / Andrey Zhuravlev



„Bildung ist Teil der Daseinsvorsorge“

Warum wir in Wien Kostenwahrheit und gleiche Rahmenbedingungen für alle privaten und öffentlichen Kindergärten brauchen, erklären Karin Broukal, Leiterin der MA 10, und Manfred Obermüller, HG 1-Vorsitzender, im Gespräch.

von
Karin Zauner-Lohmeyer
 Chefredakteurin teamwork

Zauner-Lohmeyer: Sind städtische Kindergärten teurer als private?

Obermüller: Nein, aber es gibt politische Parteien, wie die ÖVP, die genau das behaupten! Wir dürfen hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, was leider immer wieder passiert.

Broukal: Der öffentliche Kindergarten ist am 24. und 31. Dezember geschlossen. Am 24. Jänner bleiben in ganz Wien ebenso alle städtischen Standorte anlässlich des Tages der elementaren Bildung geschlossen. Das sind drei Schließtage pro Jahr. Die Privaten haben vier bis sechs Wochen keinen Betrieb. Zudem decken die städtischen Kindergärten über 90 Prozent der Versorgung im Inklusionsbereich ab: Rund 2.200 Kinder mit Integrationsstatus oder heilpädagogischem Förderbedarf besuchen einen städtischen Kindergarten- oder Hortstandort (vgl. auch Infografik S. 11).

Obermüller: Ich lade daher private Kindergartenbetreiber*innen herzlich ein, ihre Kosten mit jenen der städtischen Kindergärten zu vergleichen. Ganz sachlich.

Broukal: Private Kindergartenbetreiber*innen sind wichtige Partner*innen der Stadt. Stellt man jedoch die Angebote gegenüber, müssen Faktoren wie Öffnungszeiten, pädagogische Angebote, Personaleinsatz etc. berücksichtigt werden.

Ist das Betreiben eines Kindergartens ein Geschäftsmodell?

Broukal: Nein, ein Kindergarten ist kein Geschäftsmodell und nicht gewinnorientiert! Im Jahr der Einführung des beitragsfreien Kindergartens wurden sehr viele Anträge auf Errichtung eines Kindergartens oder einer Kindergruppe gestellt. In weiterer Folge zeigten sich rasch Mängel: Die Qualität hat nicht gepasst oder es wurden Gehälter unter dem Mindestlohntarif bezahlt. Die Stadt hat reagiert und die Antragsteller*innen mussten ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nachweisen. Das ist bis heute so und hat zu einer Verbesserung im System beigetragen.

Braucht es aktuell eine Veränderung im Fördersystem?

Broukal: Ja, definitiv. Wir müssten noch stärker auf die Individualität der Fördernehmer*innen eingehen. Wir fördern rund 360 private Trägerorganisationen. Die Bandbreite reicht von der elternverwalteten Kindergruppe oder dem 2-gruppigen Kindergarten bis hin zu Großbetreibern wie KIWI oder Kinderfreunde, die sogar eigene Aus- bzw. Weiterbildungsakademien betreiben. Wir haben uns beispielsweise das Hamburger Gutscheinformodell und das Tarifikalkulationssystem vom Fonds Soziales Wien (FSW) angesehen. Der FSW geht mit jedem Vertragspartner vorab in eine



HG 1-Vorsitzender Manfred Obermüller und Leiterin der MA 10 Karin Broukal



Der beitragsfreie Kindergarten bietet Chancengleichheit für alle Kinder.

Karin Broukal

Tarifverhandlung und prüft: Was ist diese Leistung konkret? Welche Strukturen gibt's da? Sogar der Altersdurchschnitt der angestellten Mitarbeiter*innen wird berücksichtigt. Um das auch in der MA 10 umzusetzen, bräuchte es eine entsprechend große Abteilung, die sich ausschließlich mit der Förderthematik und dem Controlling befasst. Wenn bei einer Abrechnung rauskommt, dass bei einer Organisation Geld übergeblieben ist, dann bedeutet das, dass sie überfördert wurde und sie erhält im nächsten Jahr weniger. Wenn eine Organisation zusätzliches Geld braucht, dann muss sie wieder in Verhandlungen treten.

Obermüller: Als aufgrund von missbräuchlicher Verwendung von Fördergeldern private Betreiber*innen ihre Kindergärten auflösen mussten, ist die öffentliche Hand sofort eingesprungen und hat alle aufgefangen: die Kinder, die Eltern und das Personal.

Was bedeutet der beitragsfreie Kindergarten?

Broukal: In Wien wird jedes Kind gefördert: Entweder durch die Bereitstellung eines städtischen Platzes oder durch die Förderung des Elternbeitrages beim Besuch in einem privaten Kindergarten, in einer Kindergruppe oder bei Tageseltern. Gezahlt wird für das Essen. Bei privaten



Karin Broukal ist Leiterin der MA 10. Die Abteilung Kindergärten ist in Wien die größte Anbieterin von Kindergarten- und Hort-Plätzen, fördert private Bildungseinrichtungen und bildet im pädagogischen Bereich aus.

Betreiber*innen werden den Eltern regelmäßig Zusatzkosten für besondere Leistungen verrechnet.

Welche Zusatzkosten?

Broukal: Diese Zusatzkosten heißen so, weil sie nicht für die Grundbetreuung der Kinder eingehoben werden dürfen. Zusatzkosten sind beispielsweise besondere pädagogische Angebote wie Native Speaker oder spezielle pädagogische Konzepte.

Ist der beitragsfreie Kindergarten sozial treffsicher?

Broukal: Die Plätze im städtischen Bereich werden nach festgelegten Kriterien vergeben. Darunter fällt auch die Berufstätigkeit der Eltern, unabhängig vom Einkommen. Eine soziale Staffelung bei der Platzvergabe gibt es nicht. Der beitragsfreie Kindergarten bietet daher Chancengleichheit für alle Kinder.

Bürgermeister Michael Ludwig hat bereits verkündet: Der beitragsfreie Kindergarten bleibt.

Broukal: Und das bringt für Familien Vorteile, bedeutet der beitragsfreie Kindergarten doch eine finanzielle Entlastung. Kinder profitieren von früher Bildung und Sprachförderung, und es ergibt sich ein volkswirtschaftlicher Nutzen: Je eher Kinder gefördert werden, desto besser sind langfristig ihre Bildungs- und Berufschancen. Gleichzeitig muss man aber festhalten, dass durch die Zusatzkosten, die private Träger einheben, Eltern einen Beitrag zahlen müssen, auch wenn er nicht für die Betreuung, sondern Zusatzleistungen eingehoben wird.

Wie wirkt sich das Sparpaket auf die MA 10 aus?

Obermüller: Der beitragsfreie Kindergarten bleibt so in der Form erhalten, was viel Geld kostet. Gleichzeitig wird im Hintergrund versucht, die Qualität der Betreuung zu verringern. Das werden wir nicht zulassen! Wir werden einen Qualitätsverlust mit allen Mitteln bekämpfen. Unsere Kinder verdienen die beste und qualifizierteste Ausbildung.

Broukal: Kindergarten 2025 ist nicht mehr Kindergarten wie im Jahr 2000. Wir haben ganz andere Situationen. Es gibt Kinder, die schwer traumatisiert sind aufgrund von Fluchterfahrung. Wir begleiten vermehrt Kinder, die aus Familien kommen, die nicht mehr wissen, wie sie die nächste Stromrechnung zahlen können, und immer mehr Kinder weisen einen erhöhten Betreuungsbedarf aufgrund einer Behinderung, Entwicklungsverzögerung oder chronischer Erkrankungen auf. Verfolgt man die öffentliche Diskussion, so scheint es, dass Deutsch das Wichtigste sei. Ich finde den Erwerb der deutschen Sprache auch wesentlich, aber es gibt weitere Bereiche, in denen die Förderung genauso essenziell ist, wie beispielsweise soziales Verhalten, Motorik usw.

Das alles ist natürlich mit Kosten verbunden. Wie aber zuvor erwähnt, profitiert langfristig die Gesellschaft von dieser Investition. Denn die Kinder von heute sind die Erwachsenen von morgen, die wesentlich zu dieser Stadt beitragen.

Wie sieht die Strategie der Stadt aus – in puncto privater und öffentlicher Einrichtungen?

Broukal: Ziel muss sein, dass – unabhängig davon, bei welchem Träger ein Kind begleitet wird, also ob im städtischen oder privaten Bereich – die gleichen Rahmenbedingungen gegeben sind.

Obermüller: Wir brauchen einheitliche Rahmenbedingungen für alle Betreiber*innen von Kindergärten, eine faire, offene Kostenrechnung.

Braucht es private Betreiber*innen, um flächendeckend Kindergärten anzubieten?

Obermüller: Ja, derzeit auf jeden Fall. Was seit der Regierungsbeteiligung der NEOS passiert, ist, dass Private massiv gefördert werden. Christoph Wiederkehr, der damalige Bildungsstadtrat und jetzige Bildungsminister, hat Millionen im dreistelligen Bereich an die Privaten ausbezahlt. Die NEOS werten laufend den öffentlichen Dienst ab und wollen elementare Bildung privatisieren. Doch die Bevölkerung wünscht sich einen starken öffentlichen Dienst. Wir sagen: Elementare Bildung darf nicht nur an private Vereine ausgelagert werden! Bildung ist Teil der Daseinsvorsorge! Wenn wir in der Stadt mehr und mehr auf Privatschulen und private Kindergärten setzen und den öffentlichen Bereich aushungern, dann haben wir politisch einen Fehler gemacht. Und das gilt es als Gewerkschaft zu verhindern! ○

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Bildung in der Notaufnahme

Die „Bildungswende“ der NEOS: viel PR statt echter Lösungen.



Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

Überfüllte Klassen, fehlende Inklusionsressourcen, lange Wartelisten für Kinder mit Behinderungen oder Förderbedarf, mangelnde soziale Durchmischung an Schulen und in Kindergärten, ein gravierender Personalmangel in der elementaren Bildung: Von der „Bildungswende“, die die NEOS in Wien angekündigt haben, ist seit dem Eintritt in die Wiener Landesregierung im November 2020 bis heute wenig zu bemerken.

Die NEOS verfolgen die Ideologie „weniger Staat – mehr privat“. Das zeigt sich in der massiven zusätzlichen Förderung privater Kindergartenbetreiber*innen mit dreistelligen Millionenbeträgen in den vergangenen fünf Jahren.

Die städtischen Einrichtungen werden als „zu teuer“ abgestempelt, was einfach nicht stimmt, denn hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Öffentliche Kindergärten haben wesentlich längere Öffnungszeiten und damit auch viel mehr Betriebsstunden als private Einrichtungen. Sie müssen das ganze Jahr geöffnet sein und fast alle haben auch Inklusionskinder aufgenommen, für die Private keine Plätze anbieten („zu aufwändig“). Es ist völlig

klar, dass da öffentliche Kindergärten auch mehr kosten müssen.

Zudem hat die Vergangenheit gezeigt, dass einige private Betreiber*innen die öffentlichen Fördergelder missbraucht haben bzw.

aufgrund von erheblichen Mängeln geschlossen werden mussten. Das war für die Kinder teilweise traumatisch, für die Eltern sehr herausfordernd und für das Personal existenzbedrohend. Die öffentliche Hand musste einspringen und alles auffangen.

Was der NEOS-Bildungspolitik aus meiner Sicht fehlt, ist der Blick aufs große Ganze und das Bekenntnis: Bildung ist Daseinsvorsorge. Bildung ist Aufgabe des Staats und nicht von privaten Vereinen. Das gilt für Bildung aller Altersklassen.

Christoph Wiederkehr könnte nun als Bildungsminister die notwendigen Ausbildungsstätten für Elementarpädagogik (kurz: BafEP), die er einst als Bildungsstadtrat so vehement gefordert hat, auch in den Bundesländern schaffen.

Stattdessen legt er wieder einen großen Auftritt auf der Bühne hin: Wiederkehr nennt es „Plan Z“. Er fordert, dass Bildungseinrichtungen mehr Zeitgemäßes vermitteln sollen, verschweigt aber, welche Themen (= Fächer) dem Neuen weichen sollen – man will ja nicht auf dem glatten Parkett ausrutschen.

Besser wäre es, dort zu beginnen, wo es heute ordentlich hapert – an den Ressourcen: mehr Personal und gleiche Rahmenbedingungen für alle Betreiber*innen von elementaren Bildungseinrichtungen in Wien sowie eine faire, transparente Kostendiskussion zwischen privaten und öffentlichen Kindergärten. ○

manfred.obermueller@wien.gv.at



Bildung ist Daseinsvorsorge. Bildung ist Aufgabe des Staats und nicht von privaten Vereinen.



Geschafft: 1.200 neue Schulklassen in zehn Jahren

Warum der Familiennachzug eine immense Herausforderung für Wiens Schulen darstellt und welche Reformen dringend angegangen werden sollten, erklärt Andrea Trattnig, Leiterin der MA 56 – Wiener Schulen.

von
Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin teamwork

Wie wichtig ist für Sie die Sozialpartnerschaft?
Andrea Trattnig: Sehr wichtig. Sozialpartnerschaft heißt, dass der Kompromiss und die gemeinsame Lösung im Vordergrund stehen, nicht die Konfrontation.

Wie sieht die personelle Situation in der MA 56 aus?

Bei uns arbeiten über 2.000 Mitarbeiter*innen – in der Verwaltung und im handwerklichen Bereich, 600 Schulwart*innen, fast 500 Raumpfleger*innen, knapp 300 Hortassistent*innen und Hortpädagog*innen. Und auch Lehrer*innen, weil wir eine Privatschule der Stadt führen. Dieses Lehrpersonal ist in der MA 56 angestellt.

Wie viele Schulgebäude betreut die MA 56?
Es sind 408, sämtliche Volksschulen, Mittelschulen, Polytechnische Schulen, Sonder- sowie Berufsschulen und eine Fachschule. Diese Gebäude betreiben, erhalten und modernisieren wir.

Was ist für die MA 56 aktuell die größte Herausforderung?

Das Wachstum der Bevölkerung in der Stadt und damit die Frage: Wo bringen wir die Kinder unter, die nach Wien kommen? In den vergangenen zehn Jahren ist im Pflichtschulbereich die Schüler*innenanzahl um 27.000 gestiegen. Um den massiven Schulraumbedarf zu decken, haben wir insgesamt über 1.200 neue Klassen eingerichtet.

Und die Stadt wächst weiter ...

Ja. Es gibt kein Stadtentwicklungsgebiet ohne Schule oder Kindergarten. Das ist jetzt die große Herausforderung, weil wir händelnd versuchen, mit dem vorhandenen Budget möglichst viel Schulraum zu schaffen. Fakt ist: Wir müssen sicherlich das eine oder andere Projekt zeitverzögert umsetzen.

Warum waren Containerklassen notwendig?

Durch den Familiennachzug und aufgrund des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine: Innerhalb kurzer Zeit mussten wir über 4.000 Kinder zusätzlich beschulen. Wir haben daher sieben Standorte mit Containerklassen, sogenannten temporären Mobilklassen, errichtet. In diesen Klassen wird pädagogisch sehr guter Unterricht durchgeführt. Wenn man die Kinder fragt, wie es ihnen dort geht, sind glückliche Gesichter zu sehen.

Wie gehen Wiens Schulen**mit der Hitze im Sommer um?**

Beim Schutz gegen Hitze gibt es wienweit unterschiedliche Vorgangsweisen, weil fast jedes Gebäude anders zu beurteilen ist. Auch aufgrund der Dezentralisierung gibt es Unterschiede in

der Herangehensweise und Umsetzung. Die Mehrheit der Bezirke ist aber schon sehr auf dieses Thema sensibilisiert. Einige wenige gilt es noch zu überzeugen.

Wie verändert die Digitalisierung die Wiener Schulstandorte?

Wir arbeiten gerade an einem umfangreichen WLAN-Ausbau bis Ende 2027. Das ist die Grundvoraussetzung für den digitalen Unterricht in allen Klassen. Zudem bauen wir unsere Geräteinitiative weiter aus. Gemeinsam mit dem Bund konnten wir Lehrer*innen an Mittelschulen und Sonderschulen mit mobilen Endgeräten ausstatten. Außerdem steht allen Schulwart*innen und Raumpfleger*innen pro Standort jeweils ein Laptop zur Verfügung. Im Rahmen eines Pilotprojekts wurden verschiedene Schulen mit mobilen Endgeräten für den Unterricht ausgestattet. Digitalisierung verändert die pädagogische Arbeit: Jede Klasse wird zum EDV-Raum. Es wird neue pädagogische Konzepte geben, mit Auswirkungen auf Raumgestaltung und Infrastruktur. Und damit auch auf uns als Schulerhalterin.

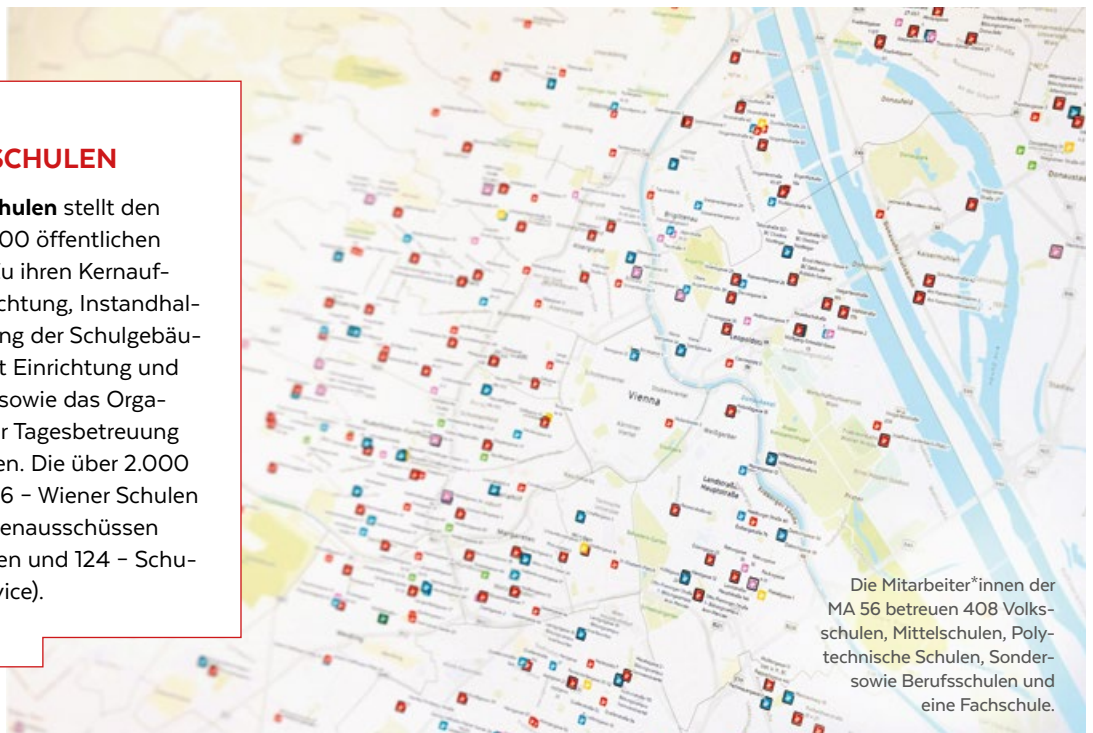


Es gibt kein Stadtentwicklungsgebiet ohne Schule oder Kindergarten.

Andrea Trattnig

MA 56 - WIENER SCHULEN

Die MA 56 - Wiener Schulen stellt den Betrieb von mehr als 400 öffentlichen Pflichtschulen sicher. Zu ihren Kernaufgaben gehören die Errichtung, Instandhaltung und Modernisierung der Schulgebäude, die Ausstattung mit Einrichtung und Lehr- und Lernmitteln sowie das Organisieren von schulischer Tagesbetreuung und Ganztagsangeboten. Die über 2.000 Bediensteten der MA 56 - Wiener Schulen sind in zwei Dienststellenausschüssen organisiert (105 - Schulen und 124 - Schulen - Wartung und Service).



Die Mitarbeiter*innen der MA 56 betreuen 408 Volksschulen, Mittelschulen, Polytechnische Schulen, Sonderschulen sowie Berufsschulen und eine Fachschule.



Als Leiterin der MA 56 koordiniert Andrea Trattnig Mitarbeiter*innen, Schulpfleger*innen, Raumpfleger*innen, Hortassistent*innen, Hortpädagog*innen sowie Lehrer*innen.

Mag.ª Andrea Trattnig

Geboren und aufgewachsen in Kärnten. Nach Abschluss der HBLA Villach studiert sie die Fächerkombination Publizistik als Hauptfach und Politikwissenschaften, welche sie 2000 abschließt. Von 2001 bis 2008 ist sie für die SPÖ Landstraße als Geschäftsführerin tätig, danach arbeitet sie beim Österreichischen Städtebund. 2009 wechselt sie in das Büro der Geschäftsgruppe Bildung. Mit 2012 wird sie Büroleiterin von Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch, 2015 Büroleiterin von Jürgen Czernohorsky. Seit Jänner 2021 leitet sie die Abteilung Stadt Wien – Schulen (MA 56).

An vielen Wiener Pflichtschulen gibt es sogenannte Schulsekretär*innen. Was machen sie?
An den elf größten Schulen und den Berufsschulen haben wir schon immer ein Sekretariat geführt. Seit 2019 haben wir schrittweise mit der Ausweitung auf alle öffentlichen Pflichtschulen in Wien begonnen. Nun sind es bereits über 250 administrative 20-Stunden-Unterstützungskräfte für die Schulleitungen, für die Verwaltungstätigkeiten. Damit haben wir unser Ziel erreicht und alle 408 Standorte besetzt.

Und was machen Integrationsplus-Kräfte?
Die Zahl an Kindern mit besonderen Bedürfnissen nimmt zu und damit auch die Anforderungen an den Schulbetrieb. Die Integrationsfachkräfte sind Kindergartenassistent*innen mit einer zusätzlichen Ausbildung. Sie unterstützen die Pädagog*innen bei der Bewältigung der Alltagsbedürfnisse von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf – bei der Hygiene, der Organisation des Schultags, den Essenseinnahmen und vielem mehr. Diese Arbeit können Pädagog*innen nicht zusätzlich leisten, da sie ansonsten ihre Aufsichtspflicht verletzen würden. Wir haben im heurigen Schuljahr 40 Integrationsplus-Kräfte, Tendenz steigend.


Wo sehen Sie im Bildungssystem generell Handlungsbedarf?
Bei der Verteilung der Kompetenzen! Wir haben ein extrem zersplittertes Schulwesen,

das uns hemmt und schwächt. Immer wieder sind Aufgabenbereiche unklar und werden zwischen Bund, Land und Gemeinde hin- und hergeschoben. Aber die Bedarfe gibt es ja trotzdem. Wir haben jetzt zwar eine Bildungsdirektion, die aber eine zersplitterte Behörde ist, sowie eine Landes- und eine Bundesbehörde, was alles noch komplexer macht.

Was wäre aus Ihrer Sicht eine große Reform im Bildungssystem?

Wichtig wäre, dass alle Lehrer*innen zu einem Dienstgeber gehören. Und es bedarf der Klärung der Zuständigkeit und Finanzierung des Unterstützungspersonals an Schulen. Beides wäre ein großer Schritt nach vorne!

Gibt es Themen, die gemeinsam mit der Gewerkschaft dringend angegangen werden müssen?

Ja. Den komplexen Nebengebührenkatalog zu entflechten, dafür ist es hoch an der Zeit. Und: Gerade arbeiten wir mit dem Ergebnis der Mitarbeiter*innenbefragung bei Schulpfleger*innen und Raumpfleger*innen. In Workshops wollen wir gemeinsam Maßnahmen erarbeiten. Auch da ist mir eine gute Zusammenarbeit mit der Personalvertretung und Gewerkschaft wichtig. 

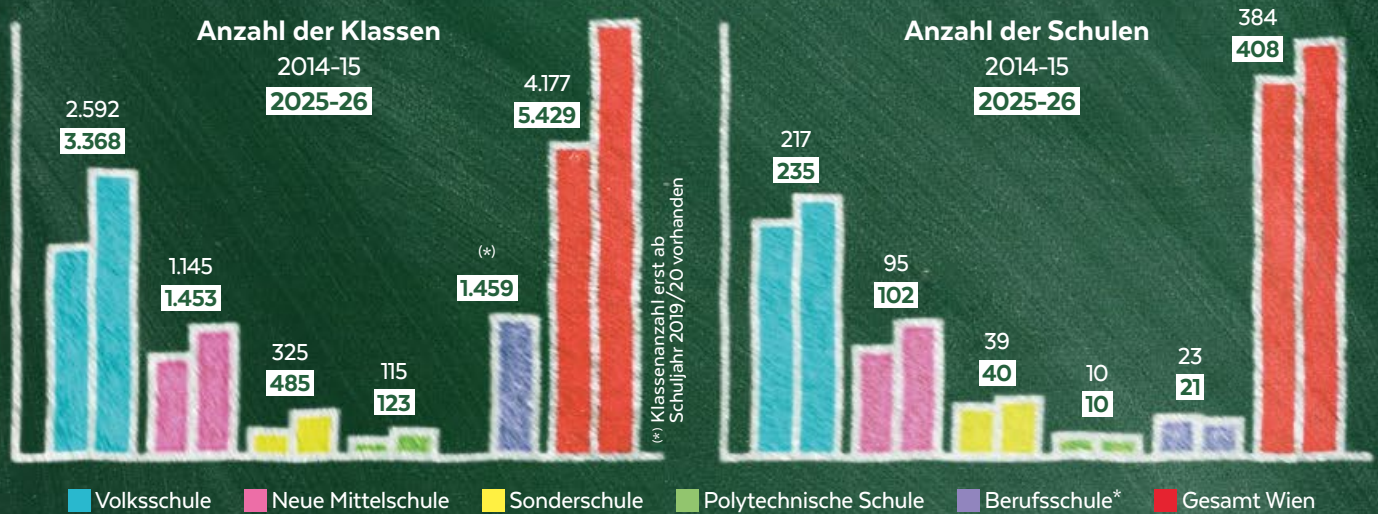
chefredakteurin@fsg-hg1.at

Die Stadt als Stütze: Bildung im Wandel

Die **Bevölkerung Wiens** ist von 2014 bis 2025 um mehr als **250.000 Personen** gewachsen – das liegt deutlich über der Einwohner*innen-Zahl von Linz (2025: 213.557). Für den Bildungsbereich bedeutet das rasante Wachstum der Stadt Wien eine **große Herausforderung**. Schulen und Kindergärten müssen finanziert, geplant und gebaut sowie neue Schulklassen und Kindergruppen eröffnet werden.

PFLICHTSCHULEN

In den vergangenen zehn Jahren wurden in Wien 24 neue öffentliche Schulstandorte gebaut, 1.252 Schulklassen eröffnet.



KINDERGÄRTEN

Im Bereich der Elementarpädagogik wurden seit 2015 rund 10.000 zusätzliche Plätze zur Verfügung gestellt (private und öffentliche Betreiber*innen zusammen).



Rund **2.200 Kinder** (Stand März 2025) mit **Integrationsstatus oder heilpädagogischem Förderbedarf** besuchen einen Kindergarten- oder Hortstandort Stadt Wien – Kindergärten. Die Zahlen zeigen, dass der tatsächliche Platzbedarf von Kindern mit Behinderung oder Beeinträchtigung derzeit nicht vollständig durch die angebotenen Betreuungsplätze abgedeckt wird. Die **städtischen Kindergärten** decken aber mit **rund 36 %** des Marktanteils an Kindergartenplätzen (gesamt) in Wien **mehr als 93 %** des Platzangebots für Kinder mit intensivem Betreuungs- und Förderbedarf ab.



Elementarpädagogik aus dem Gleichgewicht

Was einst als partnerschaftliches Miteinander gedacht war, entwickelt sich zu einer Schieflage, die das gesamte System ins Wanken bringt.

In der Wiener Elementarpädagogik verschiebt sich das Gleichgewicht immer weiter: Während die Stadt mit knappen Ressourcen versucht, Qualität und Chancengerechtigkeit in den Kindergärten aufrechtzuerhalten, werden private Träger zunehmend begünstigt – ohne, dass sie im gleichen Maß Verantwortung übernehmen.

Gleichzeitig wird auf politischer Ebene mit Schlagworten hantiert, die mehr nach PR klingen als nach nachhaltiger Bildungspolitik. Stichworte wie „Deutsch-Profis“ oder „mehr Sprachförderkräfte“ suggerieren Verbesserungen, die in der Realität kaum ankommen. Dabei leisten die Kolleg*innen in den städtischen Kindergärten seit Jahrzehnten genau diese Arbeit – engagiert, individuell und unter oft schwierigen Bedingungen.

Förderpolitik mit Schieflage

Jüngst wurden die Förderungen für private gemeinnützige Vereine erhöht, um mehr Integrations- und heilpädagogische Plätze zu schaffen – weil die städtischen Kindergärten diese Aufgaben

kaum noch stemmen können. Gerade diese Vereine – als gleichwertige Partner im Bildungsauftrag – müssten stärker in die Pflicht genommen werden, ihren Anteil an Integrations- und Förderplätzen auch tatsächlich bereitzustellen. Wer öffentliche Mittel erhält, darf sich nicht auf Freiwilligkeit berufen. Förderungen müssen an Verantwortung gekoppelt sein.

Denn wenn öffentliche Einrichtungen überfordert sind und private Anbieter selektiv agieren, wird das Ungleichgewicht weiter verschärft.

Pflicht statt Freiwilligkeit

Das derzeitige System ist aus dem Gleichgewicht geraten: Während die Stadt versucht, die Versäumnisse anderer auszugleichen, bleiben private Träger in ihrer Mitverantwortung zu oft ungenutzt. Wenn die Beitragsfreiheit in städtischen Kindergärten aufrechterhalten wird, während Qualität und Personal darunter leiden, muss die Frage erlaubt sein, ob dieses Prinzip in der bisherigen Form noch gerecht ist. Beitragsfreiheit

darf kein politisches Heiligtum sein, wenn sie auf Kosten von Fachkräften und Kindern geht.

Symbolpolitik statt echter Sprachförderung

Die politischen Botschaften der letzten Monate zeigen, wie dringend ehrliche Aufklärung nötig ist. Wenn Stadträtin Bettina Emmerling (NEOS) öffentlich „mehr Sprachförderkräfte“ ankündigt, handelt es sich um eine Mogelpackung: Absolvent*innen der BAFEP mit dem Fach „Frühe sprachliche Bildung“ werden als neue Sprachförderkräfte präsentiert. Dieses Fach ist jedoch Teil der regulären Grundausbildung. Das bedeutet: Absolvent*innen schließen ihre Ausbildung als Elementarpädagog*innen ab, nicht als spezialisierte Sprachförderkräfte.

Der Unterschied ist entscheidend:

- Ein Modul ersetzt keine fundierte Zusatzqualifikation.
- Sprachförderkräfte sind Personen mit spezifischem Wissen über Sprachdiagnostik, Mehrsprachigkeit und Fördermethodik.
- Elementarpädagog*innen sollen Sprache im Alltag fördern, verfügen aber nicht automatisch über vertiefte Expertise, um komplexe sprachliche Entwicklungsbedarfe gezielt zu begleiten. Zudem sind viele Methoden nur in Kleingruppen sinnvoll, und wir wissen alle, dass unsere Elementarpädagog*innen bis zu 25 Kinder zu betreuen und zu fördern haben.

Nun wirbt die Bildungsstadträtin und Vizebürgermeisterin auch mit einer neuen Initiative, wonach Wiener Kindergärten Unterstützung von „Deutsch-Profis“ erhalten sollen. Dieses Projekt, die sogenannte „Deutschoffensive Kindergarten“, wird vom Verein „Startklar“ umgesetzt. Doch die eigentlichen „Deutsch-Profis“ arbeiten längst in den Kindergärten dieser Stadt: Seit Jahrzehnten leisten die Kolleg*innen dort engagierte Sprachförderung, abgestimmt auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder. Sie begleiten sprachlich, schaffen Sprachräume, entwickeln Materialien und Konzepte – sie sind die wahren Profis.

Dass nun zehn (!) Standorte mit „Deutsch-Profis“ ausgestattet werden – fünf davon in der MA 10 mit über 350 Kindergärten –, ist kein Meilenstein, sondern Symbolpolitik im Miniaturformat.

Rechtsanspruch als Genickbruch

Die geplanten bundespolitischen Maßnahmen, insbesondere der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, verschärfen die Lage zusätzlich. Was auf dem Papier als Fortschritt erscheint, könnte sich in der Praxis als Genickbruch des Systems erweisen. Schon jetzt fehlen in Wien hunderte Pädagog*innen und Assistenzkräfte.

Ein gesetzlicher Anspruch auf Betreuung klingt gut, ist aber ohne massiven Ausbau der Personal- und Ausbildungsstrukturen schlicht nicht



Ungleich verteilte Verantwortung belastet Wiens Kindergärten: Während die Stadt versucht, Qualität und Chancengerechtigkeit in den Kindergärten aufrechtzuerhalten, profitieren private Träger, ohne im gleichen Maß Verantwortung zu übernehmen.

erfüllbar. Selbst die Grünen, die jüngst mit einer bundesweiten Kampagne medienwirksam für bessere Kinderbetreuung warben, müssen einräumen, dass die Realität in den Einrichtungen weit hinter den politischen Versprechen zurückbleibt.

Fazit: Verantwortung statt Wortklauberei

Sprachförderung, Integration und Chancengerechtigkeit sind keine PR-Schlagworte, sondern tragende Säulen frühkindlicher Bildung. Sie können aber nur dann Wirkung entfalten, wenn sie von ausreichend qualifiziertem Personal getragen werden – mit klaren Strukturen, fairen Rahmenbedingungen und einer ehrlichen Finanzierung.

Der Versuch, BAFEP-Absolvent*innen als neue Fachkräfte zu verkaufen, löst kein Problem. Ebenso wenig hilft es, Verantwortung zwischen Stadt und privaten Trägern hin- und herzuschieben. Wer ernsthaft Bildungsgerechtigkeit will, muss investieren – in Personal, Ausbildung und Strukturen, nicht in Symbolpolitik.

Denn Qualität darf nicht vom Träger abhängen. Sie ist – oder sollte es sein – eine gemeinsame Verantwortung – oder sollte es sein.

Und diese Verantwortung beginnt mit Ehrlichkeit – gegenüber den Kindern, den Fachkräften und der Gesellschaft. ◻

margit.pollak@wien.gv.at
julia.fichtl@wien.gv.at
hanna.gavrovic-wolf@wien.gv.at



Margit Pollak
Vorsitzende DA 120,
Kindergärten



Julia Fichtl
Leitende Referentin
für dienstrechtliche
Angelegenheiten



Hanna Gavrovic-Wolf
Geschäftsführende
Vorsitzende DA 120,
Kindergärten



Ilkay Idiskut und Kinder ihrer Schulkasse im Dokumentarfilm „Favoriten“

„Der Politik sollte die Zukunft unseres Landes viel mehr wert sein“

Warum Verbote und Strafen an Schulen keine Lösung sind und was es braucht, um die Bildungschancen an Schulen zu verbessern, erklärt Ilkay Idiskut, Volksschullehrerin und FSG-Gewerkschafterin.

von
Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin teamwork

Zauner-Lohmeyer: Beginnen wir mit der Zukunft der Schule: Was würde den Lehrberuf erleichtern?
Idiskut: Mehr Ressourcen, vor allem mehr Personal, aber auch mehr Geld – etwa für Spiele und technische und räumliche Ausstattung.

Wie denken Sie über das Handyverbot an Schulen? Ist das sinnvoll?

Nein. Durch intensive Beziehungsarbeit, Gespräche und gemeinsames Finden von Regeln sind Kinder im jungen Alter durchaus bereit, sich an das gemeinsam Beschlossene zu halten. Statt Verboten braucht es intensive Arbeit mit den Kindern. Wir müssen Handys und Social Media in den Unterricht so integrieren, dass wir unsere Kinder für

die Zukunft gut ausstatten: kritisches Hinterfragen, Fake News erkennen, wissen, was mit Daten, Fotos und Restlichem im Internet passieren kann.

Macht es Sinn, Eltern zu bestrafen, wenn sie die Kinder nicht in die Schule schicken?
Ich halte Geldstrafen für nicht sinnvoll. Ich glaube, mit diesen Familien braucht es intensive Zusammenarbeit mit Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen.

Leider sprechen viele Schulanfänger*innen so schlecht Deutsch, dass sie sich kaum miteinander unterhalten können, obwohl sie in Österreich geboren sind. Reicht ein verpflichtendes Kindergartenjahr aus?

Das reicht nicht aus. Meiner Meinung nach sollten Kinder ab drei Jahren in den Kindergarten. Kinder sind in diesem Alter so aufnahmefähig, das beobachte ich auch an meinem eigenen Kind. Mein Sohn lernt unterschiedliche Sprachen, ohne Druck oder Stress.

Wie wichtig ist es, dass Kinder ihre Erstsprache perfekt lernen?

Sehr wichtig, weil sie den Grundbaustein legt. Haben Kinder einen altersgerechten Wortschatz, können sie Wörter und Bilder in einer anderen Sprache schneller lernen.

Mehr als 7.000 Kinder wurden heuer mangels Deutschkenntnissen in Förderklassen geschickt. Wie denken Sie darüber?

Deutschförderklassen machen keinen Sinn: Da werden Kinder aus der Regelklasse herausgeholt, einer anderen Lehrerin anvertraut, die erneut für 20 Kinder zuständig ist und jedes Kind auf einem anderen Level erreichen soll. Mehr Sinn macht es, wenn Kinder miteinander lernen und von mehreren Lehrpersonen in einem Klassenraum begleitet werden.

„FAVORITEN“

Drei Jahre begleitete die **Regisseurin Ruth Beckermann** eine Klasse von Schüler*innen im Alter von sieben bis zehn Jahren und ihre engagierte Lehrerin in der Volksschule Bernhardtstalgasse in Favoriten. Die Schule ist mit 500 Schüler*innen und 23 Klassen eine der größten Schulen Österreichs. Nahezu alle Kinder haben dort Migrationshintergrund.



In **Favoriten** gibt es Klassen mit bis zu 29 Kindern. Was wäre aus Ihrer Sicht eine optimale Zahl? In der Volksschule maximal 20 Kinder.

In Österreichs Schulsystem wird sehr früh selektiert in Mittelschule und Gymnasium. Beeinflusst das die Bildungschancen stark?

Ja. Kein Kind entscheidet mit zehn, in welche Schule es gehen will. Hier spielen die Eltern eine große Rolle. Bin ich gebildet oder habe ich das Geld, habe ich die Macht, das zu entscheiden? Eine Gesamtschule, wie in anderen Ländern, würde das Problem der frühen Selektion abschaffen.

Viele meinen, es gebe derzeit eine Bildungsmisere. Teilen Sie diese Einschätzung?

Ich würde das nicht sagen. Nicht etwa, weil die Politik schnell reagiert hätte, sondern weil unsere Pädagog*innen immer tagtäglich das Beste ermöglichen. Viele Lehrpersonen kennen die Lebensrealitäten der Kinder und holen sie genau dort ab. Das Bildungssystem hat vieles verschlafen. Es gibt zu wenig Ressourcen und veraltete Konzepte. Hier braucht es dringend Veränderungen. Der Politik sollte die Zukunft unseres Landes viel mehr wert sein.

Wissenschaftler*innen fordern einen Sozialindex: Mehr Geld für jene Schulen, die viele förderbedürftige Kinder betreuen. Ist das sinnvoll?

Ja, sehr! Der Chancenbonus, den der Bildungsminister Christoph Wiederkehr – auf unsere Forderung hin – eingeführt hat, ist genau das. Schulen mit großen Herausforderungen brauchen einfach mehr Ressourcen!

Die NEOS haben versprochen, bürokratische Hürden an Schulen massiv abzubauen. Merken Sie etwas von dem Versprechen?

Nein, in den vergangenen fünf Jahren hat sich die Bürokratie nicht verringert, sondern eher verdoppelt.



Ilkay Idiskut

Im Dokumentarfilm „Favoriten“ wurden Ihre Klasse und Sie drei Jahre lang filmisch begleitet. Was hat sich durch diesen Film für Sie persönlich verändert? Die Filmemacherin Ruth Beckermann hat den Film gedreht und war begeistert, weil die Kinder so lebensfroh, lernwillig und lustig sind. „Favoriten“ hat mir ermöglicht, über gewisse Situationen und über meine Lehrerin-Persönlichkeit zu reflektieren. Ich bekam sehr oft die Rückmeldung, wie anstrengend, aber auch wie wunderschön mein Beruf sei. Und viele waren sehr verärgert über unser Bildungssystem, weil die Chancen für die Kinder nicht die gleichen sind. Ich glaube, dass der Film zeigt, was es bedeutet, Lehrer*in zu sein und wie wir tagtäglich an unsere Grenzen stoßen, wenn wir uns allein gelassen fühlen. Zu Mittag ist für Lehrkräfte eben nicht Schluss. Die Arbeit geht immer zu Hause weiter, auch an Wochenenden. Die Doku gibt den Menschen eine andere Perspektive. Und das ist gut so. ○

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Ilkay Idiskut (35) wuchs im Wiener Bezirk Margareten auf, ihre Eltern stammen aus der Türkei. Sie ist Lehrerin geworden, weil sie in diesem Beruf Kinder auf ihrem Weg mit viel Leidenschaft begleiten kann. Als sozialdemokratische Gewerkschafterin setzt sie sich auch für ihre Kolleg*innen ein.

Sie ist davon überzeugt: „Lernen und Lehren funktioniert dann, wenn alle glücklich sind. Davon sind wir leider noch lange entfernt.“ Idiskut unterrichtet nun nicht mehr in Favoriten, sondern in Ottakring.



Die 15-jährige Yatika Arora, Schülerin der Musikschulen der Stadt Wien, holte sich einen ersten Platz beim österreichischen Musikwettbewerb „podium“.

Vor den Vorhang

Vom gemeinsamen Musizieren bis hin zu Wettbewerbserfolgen – die Musikschulen der Stadt Wien fördern musikalische Talente aller Alters- und Leistungsstufen.



Swea Hieltscher
Leiterin der Musikschulen
der Stadt Wien

Yatika Arora, den Namen darf man sich für die österreichische Musikszene merken. Erst 15 Jahre jung, gewann die Schülerin der Musikschule Brigittenau Mitte Oktober im Bundesfinale von podium.jazz.pop.rock in der Kategorie singer.songwriter & more. Mit einem selbst komponierten Song in ihrer Muttersprache Hindi berührte und überzeugte die Wiener Musikschülerin die Jury und holte sich auch gleich den Nachwuchsförderpreis.

Über 70 Bands und über 300 junge Musiker*innen aus ganz Österreich stellten sich bei dem jährlichen Musikwettbewerb einer hochkarätigen Jury. Yatika Arora ist nicht die einzige Preisträgerin aus den Musikschulen der Stadt Wien. Dass diese eine hochqualitative Ausbildung bieten, die der kreativen Kraft junger Menschen Raum und Rahmen gibt, zeigen zwei weitere erste Plätze.

Konzertherbst

Die Musikschulen der Stadt Wien sind Teil der Stadt Wien – Bildung und Jugend. 379 Mitarbeiter*innen sorgen für ein breites Angebot an 29 Standorten und in 51 Volksschulen für über 12.000 Schüler*innen. Das Budget beträgt 2025 rund 31,7 Mio. Euro.

Erfolge in Wettbewerben sind eine Auszeichnung für die Musikschulen der Stadt Wien. Ebenso

wichtig ist dem Team dieser Bildungseinrichtungen, gemeinsames Musizieren von jungen Menschen zu fördern. In Orchestern, Ensembles, Chören und Bands erleben Schüler*innen aller Altersstufen und Leistungsniveaus die Schönheit und Freude gemeinsamer künstlerisch-musikalischer Arbeit. Auch diese Ergebnisse können sich sehen und vor allem hören lassen.

Im Herbst locken mehrere Konzerte mit Orchestern der Musikschulen der Stadt Wien. Am 8. Dezember gibt das Jugendsinfonieorchester Wien mit Dirigent Christophe Pantillon im Odeon-Theater gleich zwei Vorstellungen. Mit dabei sind auch die Percussion Connection und das Wild Danube Orchestra. Gespielt werden Ouvertüren von Ludwig van Beethoven, Felix Mendelssohn Bartholdy und Johann Strauss sowie Werke von Philip Glass und Leonard Bernstein. Sich rechtzeitig Tickets zu sichern ist absolut empfehlenswert. ●

elisabeth.pilwachs@wien.gv.at

KONZERTE JUGENDSINFONIE-ORCHESTER WIEN - JSO

Montag, 8. Dezember 2025
um 14:00 und 17:00 Uhr

Odeon-Theater, 2., Taborstraße 10

Kartenbestellung:
[www.odeon-theater.at/
orchesterakademie-
musikschulen](http://www.odeon-theater.at/orchesterakademie-musikschulen)



QUERRAUNZER

Es geht um die Zukunft unserer Kinder!

Auf den ersten Blick ist Tagespolitik nichts Übles: der Versuch, Tag für Tag durch stetige politische Handlungen Probleme zu verhindern oder – sollten sie schon bestehen – ihre Wirkung einzudämmen. So hätten wir's gern.

Es gibt aber auch eine andere Auslegung von Tagespolitik: Die äußert sich darin, Themen dazu zu benutzen, um sich in den medialen Vordergrund zu drängeln. Da ist dann kein Platz mehr für das abwägende Behandeln von politischen Fragestellungen und das mühevollen Durcharbeiten hin zur besseren Lösung.

Gerade jetzt erleben wir ein Schulbeispiel für die negative Auslegung von Tagespolitik. Erst in der Wiener Stadtregierung und jetzt auf bundespolitischer Ebene – da wie dort sind es pinke Politiker*innen, die einen Slogan vor sich hertragen, der von Konservativen seit jeher hochgehalten wird: weniger Staat, mehr Privat.

Das soll also das Allheilmittel für die anstehenden Herausforderungen im Bildungssystem sein? Es werden Überschriften angesagt, aber keine konkreten Problemlösungen auf den Tisch gelegt.

Probleme gibt es genug, denn das heimische Bildungssystem steht unter Druck – von der Elementarpädagogik bis zur Inklusion. Heute ist vieles anders, das beginnt schon mit der Aufmerksamkeitsspanne der Kinder: Sie hat in den vergangenen 25 Jahren dramatisch abgenommen. Das zeigt sich schon im Kindergarten.

Reformen sind nötig, keine Frage. Aber die Bildung ist zu wichtig, als dass man hier



tagespolitisch wirksame PR-Gags startet – frei nach dem Motto: Das vorhandene Geld muss nur sinnvoller eingesetzt werden, dann wird alles gut.

So funktioniert das nicht: Es müssen die bestehenden Konzepte an neue Herausforderungen angepasst werden, weil sich in den vergangenen Jahrzehnten sehr viel geändert hat. Es geht darum, Bewährtes aus der Vergangenheit zu übernehmen und andererseits den Mut zu haben, mit Bedacht zu entschlacken, um Platz für Neues zu schaffen – etwa Medienkompetenz oder kritischer Umgang mit der Allgegenwart digitaler Anbieter.

Das braucht vermutlich mehr Geld, jedenfalls aber Reformen und Abstimmung der unterschiedlichen Ebenen von Stadt, Land und Bund. Es geht um eine bildungspolitische Standortpolitik. Nur so kann die Attraktivität für qualitätsvolle Jobs erhalten und gesteigert werden. Da ist kein Platz für große Auftritte; wir benötigen nicht eine große Weichenstellung, sondern viele mittlere und kleine.

Bildung ist zu wichtig, um bloß als tagespolitischer Spielball von Politiker*innen benutzt zu werden. Mehr Ernsthaftigkeit, bitte! Es geht um die Zukunft unserer Kinder! ○

Wendelin



Bildung ist zu wichtig, um bloß als tagespolitischer Spielball von Politiker*innen benutzt zu werden.



Die Kinder- und Jugendhilfe Wien unterstützt Familien in Krisen und schützt junge Menschen. Dafür braucht es aber verlässliche Ressourcen und klare Strukturen, damit Mitarbeitende langfristig entlastet werden.

System am Limit – Weckruf aus der Kinder- und Jugendhilfe

Überlastete Einrichtungen können die stetig steigenden Herausforderungen nicht bewältigen. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Darunter leiden vor allem die Kinder und Jugendlichen – aber auch die Kolleg*innen im Einsatz.

Seit Jahren beschäftigt die angespannte Situation in den Krisenzentren der Wiener Kinder- und Jugendhilfe alle Beteiligten. Trotz zahlreicher Bemühungen ist es bislang nicht gelungen, die Lage nachhaltig zu stabilisieren. Inzwischen werden auf Stellen, die für acht Kinder systemisiert sind, regelmäßig zwölf bis dreizehn Kinder betreut – ein deutlicher Hinweis auf die strukturelle Überlastung des Systems.

Langfristige Entlastung kann nur durch den Ausbau geeigneter Folge- und Betreuungsplätze erreicht werden.

Fehlende Kapazitäten

Besonders im sozialtherapeutischen und sozialpsychiatrischen Bereich mangelt es weiterhin an ausreichend Plätzen. Erstmals sind auch im eigenen Bereich der MA 11 keine freien Unterbringungsmöglichkeiten mehr vorhanden. Der Bedarf an zusätzlichen Plätzen in ausreichender Anzahl ist daher unübersehbar.

Alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe stehen unter hohem Druck. Die stationären Einrichtungen tragen die Folgen, da zunehmend Kinder und Jugendliche mit komplexen Problemlagen aufgenommen werden – von gesundheitlich beeinträchtigten oder traumatisierten Kindern bis hin zu Babys in akuter Krisensituation.

Auch externe Institutionen wie die Kinder- und Jugendanwaltschaft, die Volksanwaltschaft und der Rechnungshof weisen regelmäßig auf die strukturellen Engpässe hin.

Private Sicherheitsdienste benötigt

Die tägliche Arbeit in den Krisenzentren wird unter diesen Bedingungen zunehmend herausfordernd. Platzmangel und Zeitdruck erschweren es, den notwendigen Schutz und die individuelle Betreuung der Kinder sicherzustellen. Die Dynamik innerhalb der Einrichtungen ist oft hoch, Konflikte und Überforderung nehmen zu. Auch die Sicherheit der Beschäftigten steht zunehmend im Fokus.

Der Einsatz privater Sicherheitsdienste zeigt, wie angespannt die Situation bereits ist – ein Zeichen für ein System, das an seine Belastungsgrenzen gelangt ist.

Krisenpflegeplätze – Mitarbeitende springen ein

Besonders angespannt ist die Lage bei den Krisenpflegeplätzen. Diese sollen eigentlich kurzfristige, sichere Unterbringungen für Kinder zwischen null und drei Jahren bieten. Derzeit sind sie jedoch dauerhaft ausgelastet, was dazu führt, dass Kinder länger bleiben müssen als ursprünglich vorgesehen.

In Einzelfällen übernehmen Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendhilfe sogar selbst kurzfristig Betreuungsverantwortung, um Notfälle abzufangen – ein beeindruckendes Zeichen persönlicher Verantwortung, das jedoch strukturelle Grenzen deutlich macht.

Ein zentraler Engpass entsteht auch hier durch den Mangel an Pflege- und Folgeplätzen. Ende Oktober waren 78 Kinder in Krisenpflegeplätzen untergebracht, von denen bereits 47 auf eine dauerhafte Unterbringung warteten. Damit wird das gesamte System blockiert.

Ein wichtiger Baustein für eine Lösung des Problems ist die Einführung eines Anstellungsmodells für professionelle Pflegeeltern. Dadurch könnten Pflegeeltern sozial abgesichert, geschult und als Teil des professionellen Hilfesystems anerkannt werden.

Personal am Limit

Die Engpässe in den Krisenzentren wirken sich unmittelbar auf die Arbeit der Regionalstellen aus. Fachkräfte stehen zunehmend vor der schwierigen Aufgabe, zwischen akutem Schutzbedarf und den begrenzten Unterbringungsmöglichkeiten abzuwägen.

Auch hier führt Personalmangel zu Überlastung, langen Wartezeiten und hohen psychischen Belastungen. Trotz großer Professionalität und Engagement der Mitarbeiter*innen ist eine dauerhafte Aufrechterhaltung dieser Intensität kaum möglich.

In den vergangenen Jahren wurde der Ausbau ambulanter Hilfen vorangetrieben – ein richtiger Schritt, der jedoch mehr Ressourcen benötigt, um Krisen frühzeitig aufzufangen und stationäre Unterbringungen zu vermeiden.

Auch die Rechtsvertretung innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe stößt an ihre Grenzen. Der Personalstand wurde über Jahrzehnte kaum angepasst, während die Aufgaben deutlich zugenommen haben. Um die Qualität und die notwendige Arbeitsleistung für die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt weiterhin gewährleisten zu können, sind die bereits vereinbarten zusätzlichen Dienstposten dringend umzusetzen.

Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendhilfe leisten seit Jahren Außergewöhnliches, oft über ihre Belastungsgrenzen hinaus. Doch professionelles Engagement allein kann strukturelle Defizite nicht ausgleichen. Es braucht politische Entscheidungen, die den Rahmen für nachhaltige und fachgerechte Kinder- und Jugendhilfe schaffen.

Politik gefordert

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein zentraler Bestandteil des sozialen Netzes unserer Stadt. Sie schützt Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen und bietet Familien Unterstützung in Krisen.

Damit sie diese Aufgabe auch künftig erfüllen kann, braucht es politische Aufmerksamkeit, verlässliche Ressourcen und den Mut, strukturelle Reformen anzugehen.

Nur so kann gewährleistet werden, dass Kinder und Jugendliche jene Sicherheit und Zuwendung erhalten, die sie verdienen – und dass die Beschäftigten der Kinder- und Jugendhilfe unter Bedingungen arbeiten können, die diesem hohen Anspruch gerecht werden. ○

stefan.rudolph@wien.gv.at
andreas.walter@wien.gv.at



Stefan Rudolph
Vorsitzender DA 129, Wiener Kinder- und Jugendhilfe, WKJH-S, WKJH-R, FAMZ, Fachbereich Pflegekinder, SKT, IAK + zugehörige Kanzleien



Andreas Walter
Vorsitzender DA 116, Sozialpädagogische Regionen



Engpässe in Krisenzentren erschweren Regionalstellen die Abwägung zwischen Schutzbedarf und begrenzten Plätzen, während Personalmangel Überlastung und psychische Belastungen deutlich verstärkt.

Beschämtes Schweigen

Oder: Die Kaffeemaschine hört nie Geschichten von Depression. Wir müssen aufhören, psychische Erkrankungen zu tabuisieren.



Astrid Schlesier

Klinische Psychologin der MA 11, DA 106 – Jugend, Bildung, Integration, Stadtservice, Sport, Kommunikation und Frauenservice

Nimmt man Social Media als Referenz, könnte man meinen, psychische Erkrankungen sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und etwas, über das man genauso wie über eine Grippe locker erzählt: „Ich war jetzt zwei Wochen im Krankenstand, weil mich ein depressiver Schub ans Bett gefesselt hat.“ „Pünktlichkeit, nein, das schaff’ ich leider nicht, ich hab’ ja (selbstdiagnostiziertes) ADHS.“ Die Realität abseits der Onlinewelt ist aber eine andere:

Weltweit fallen psychische Störungen unter die Top Ten der Belastungsursachen, davon sind Depressionen und Angststörungen die häufigsten. Im Umkehrschluss heißt das, wir können davon ausgehen, dass jede*r zumindest eine Person in seinem Arbeitsumfeld kennt, die davon betroffen ist. Wissen wir aber auch davon?

Geschlechterklischees als Verstärker

Psychische Erkrankungen sind immer noch tabuisiert und etwas, über das man, besonders im Arbeitskontext, kaum spricht. In unserer leistungsorientierten Gesellschaft

hat eine vermeintliche Schwäche nichts verloren, meist geht eine Erkrankung bei der betroffenen Person mit viel Scham einher. Hier kommen Geschlechterklischees noch einmal stärker zum Tragen. Männern fällt es vergleichsweise schwerer, über psychische Probleme zu reden. Wer erzählt schon gern den Kolleg*innen über die eigene Depression? Aber auch als Führungskraft ist es schwer, darüber zu reden oder explizit nachzufragen,

wenn man sich diesbezüglich Sorgen macht. Meist herrscht beschämtes Schweigen.

Es gehört aber zur Fürsorgepflicht der Arbeitgeberin, sich auch diesem unsichtbaren Leid anzunehmen und zu einer Enttabuisierung psychischer Erkrankungen am Arbeitsplatz beizutragen. Nicht nur im Sinne der Menschlichkeit, hinter der Arbeitskraft die Person zu sehen, auch ganz pragmatisch gedacht. Ein positives kollegiales Arbeitsklima kann zwar psychische Erkrankungen nicht per se verhindern, aber im besten Fall dazu beitragen, dass sich Betroffene schneller trauen, darüber zu sprechen und sich Hilfe zu holen. Das ist wiederum eine gute Voraussetzung dafür, chronische Verläufe und damit verbundene Langzeitkrankenstände abzuwenden. ○

astrid.schlesier@wien.gv.at



Psychische Erkrankungen sind immer noch tabuisiert und etwas, über das man, besonders im Arbeitskontext, kaum spricht.

Psychologische Beratungsstelle des unabhängigen Bedienstetenschutzbefauftragten (UBSB) Stadt Wien für Mitarbeiter*innen der Stadt Wien:

Tel.: +43 1/40 00-389 50
post@bsb.wien.gv.at

Für Führungskräfte „betriebliche Gesundheitsförderung“:

Kontakt zum BGF-Sekretariat des AMZ der KFA für allgemeine Anfragen:

Tel.: +43 676/81 18-003 38
Tel.: +43 676/81 18-507 21
bgf.organisation@amz-kfawien.at

Wien macht eine runde Sache d'raus

Weniger verbrauchen und weniger wegschmeißen ist in Wien in Zukunft angesagt. Die städtische Kreislaufwirtschaftsstrategie zeigt den Weg zur Stadt ohne Verschwendung.



In einer Kreislaufwirtschaft bleiben Produkte und Güter so lange wie möglich in Verwendung. Dazu braucht es das Engagement der Wirtschaftstreibenden und der Menschen genauso wie gute Rahmenbedingungen. Um einen zukunftsfähigen Rahmen zu schaffen, hat Wien magistratsübergreifend die Kreislaufwirtschaftsstrategie „Zirkuläres Wien: eine runde Sache“ erarbeitet und im Gemeinderat beschlossen.

Wien wird Stadt ohne Verschwendung

Im Mittelpunkt der Strategie steht das Thema Ressourcenschonung – also der achtsame Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Sie soll mithelfen, das Leben und Wirtschaften in Wien umwelt- und ressourcenschonender zu gestalten und unabhängiger gegenüber Versorgungskrisen in globalen Lieferketten zu werden.




Andreas Januskovecz
Bereichsleiter für
Klimaangelegenheiten

Wien hat dafür die besten Voraussetzungen, meint der Bereichsleiter für Klimaangelegenheiten, Andreas Januskovecz: „Die Stadt Wien weiß, wie Infrastruktur verantwortungsvoll, fair und

gemeinsam genutzt wird. Das beweisen unter anderem sehr erfolgreich die Wiener Öffis, die Wiener Bäder oder Bildungs- und Kultureinrichtungen. Darauf bauen wir auf und möchten die Angebote ausbauen: Sharing oder die Wiederverwendung von Konsumgütern ist Kreislaufwirtschaft im Alltag, die Ressourcenschonung mit Leben erfüllt.“

Damit Wien eine Stadt ohne Verschwendung wird, sollen zum Beispiel langlebige Bauwerke, ressourcenschonende Dienstleistungen und zirkuläre Produkte, die immer wieder verwendet werden können, gefördert werden. Auch Lern- und Ausbildungsprogramme für die Bevölkerung sowie für verschiedene Berufsgruppen werden konzipiert. Der Zugang zu Reparatur und Wiederverwendung soll möglichst einfach gemacht werden.

Kreislaufwirtschaft online greifbar

Tiefer in das Thema Kreislaufwirtschaft eintauchen kann man in der Sonderausstellung „More Than Recycling“, die noch bis Ende 2026 im Technischen Museum Wien läuft. Auch Zero-Waste-Workshops für Schulen werden angeboten. Weitere Veranstaltungen und Angebote rund ums Thema gibt es auf dem Wiener Klima-Campus. 

post@klima2040.wien.gv.at

MEHR INFOS

Die Strategie „Zirkuläres Wien – eine runde Sache“ gibt es hier:
www.wien.gv.at/spezial/kreislaufwirtschaft-strategie



Der Klima-Campus stellt Klimabildungsangebote in Wien vor:
www.wien.gv.at/klima-campus



Ausstellung „More than Recycling“ im Technischen Museum:
www.technischesmuseum.at/ausstellung/more_than_recycling



Reparatur und Wiederverwendung
statt Wegwerfen – nur ein Teil der
städtischen Kreislaufwirtschaftsstrategie.



Gewalt gegen Frauen erfordert klare Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz: Null-Toleranz-Regeln, vertrauliche Meldewege und unabhängige Stellen müssen Unterstützung und Schutz für Betroffene ohne Angst vor Repressalien sichern.

Menschenrecht = Frauenrecht!

Rechte am Arbeitsplatz sind Menschenrechte. Frauenrechte zu sichern heißt, die Würde, Gleichheit und körperliche Unversehrtheit von Beschäftigten zu schützen.

Gewährleistung von Schutz und Hilfe beginnt am Arbeitsplatz. Wir als Gewerkschaft fordern verbindliche Null-Toleranz-Regeln gegen sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch, leicht zugängliche, vertrauliche Meldewege und unabhängige Ansprechstellen. Betroffene müssen Schutz, psychosoziale Unterstützung und finanzielle Absicherung erhalten – ohne Angst vor Repressalien oder Jobverlust.

Rechtliche Normen reichen nicht

Im 20. Jahrhundert errangen Frauen entscheidende Rechte: politisches Wahlrecht, gesetzlicher Kündigungs- und Mutterschutz, Ansätze zur Lohngleichheit. Doch rechtliche Normen allein beenden keine Ungleichheiten: Geschlechterbasierte Gewalt, ökonomische Abhängigkeiten und institutionelle Diskriminierung halten Machtungleichheiten aufrecht.

Gewalt gegen Frauen ist kein privates Problem – sie hat ökonomische, kulturelle und strukturelle



Regina Müller
Frauenvorsitzende sowie
Referentin für Diversität

Wurzeln. Armut, prekäre Beschäftigung, fehlende soziale Absicherung und eingeschränkte Teilhabe verstärken Verwundbarkeiten. Gewerkschaftliche Solidarität heißt, diese Zusammenhänge zu benennen und dagegen vorzugehen; es bedarf kollektiver Organisierung, Bildungsarbeit, Schutznetzwerke und politischer Intervention. Bildung bedeutet Prävention: verpflichtende Schulungen für Führungskräfte und Kolleg*innen zu Machtstrukturen, sexueller Belästigung und jeder Art von Diskriminierungsformen.

Historische Verantwortung heißt, Frauenrechte als Menschenrechte in jeder politischen Forderung und in jeder Bildungsmaßnahme zu verankern.

Kein Schweigen. Kein Wegsehen

Frauenrechte sind Menschenrechte – und Gewerkschaftsarbeit ist Menschenrechtsarbeit. Wir müssen gemeinsam handeln, sichtbar, entschlossen und solidarisch. Nur so schaffen wir sichere Arbeitswelten, echte Gerechtigkeit und eine Gesellschaft, in der jede*r frei von Gewalt leben und arbeiten kann.

Als Gewerkschafter*innen setzen wir uns für wirtschaftliche Unabhängigkeit und soziale Absicherung ein, und wir fordern Schutz- und Unterstützungsangebote für Betroffene. Wirtschaftliche Unabhängigkeit bedeutet, weniger verletzlich für Gewalt aus persönlichen oder ökonomischen Abhängigkeiten zu sein.

In einer modernen Gesellschaft muss die Gleichstellung von Frau und Mann eine Selbstverständlichkeit sein. **o**

regina.mueller@wien.gv.at



Barrierefreiheit – Vision oder gelebte Realität?

Am 28. Juni 2025 trat das österreichische Barrierefreiheitsgesetz (BaFG) in Kraft. Barrierefreiheit bedeutet dabei weit mehr als Rampen oder Aufzüge – sie steht für Selbstbestimmung, Teilhabe und echte Chancengleichheit im Alltag und im Beruf.

Mit dem Barrierefreiheitsgesetz wird der European Accessibility Act umgesetzt. Ein bedeutender Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der alle Menschen Produkte, Dienstleistungen und digitale Angebote gleichberechtigt nutzen können.

Das Gesetz verpflichtet Unternehmen und öffentliche Stellen, ihre Produkte, Dienstleistungen und Infrastrukturen barrierefrei zu gestalten. Zum Beispiel müssen Webseiten für Screenreader zugänglich sein, Aufzüge und Leitsysteme in Gebäuden korrekt funktionieren, Informationen in leichter Sprache oder Gebärdensprache verfügbar sein etc. Werden diese Vorgaben nicht erfüllt, drohen – besonders im öffentlichen Dienst – Imageverluste.

Barrierefreiheit beginnt im Kopf

Die Praxis zeigt jedoch: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft noch eine Lücke. Blinde bzw. sehbeeinträchtigte Personen im Wiener Magistrat berichten, dass interne Schulungsplattformen für sie kaum nutzbar sind.

Personen mit Hörbeeinträchtigungen erleben immer wieder Besprechungen ohne Gebärdensprachdolmetscher*in oder Untertitel. Diese alltäglichen Barrieren schließen Menschen aus und verhindern, dass sie ihr Potenzial voll entfalten können.

Barrierefreiheit ist kein „nice to have“ – sie ist ein Menschenrecht und eine Bereicherung für uns alle. Inklusion steigert die Motivation, den Zusammenhalt und die Lebensqualität. Wenn Hindernisse fallen, wächst nicht nur Chancengleichheit, sondern auch das Vertrauen in die Gemeinschaft.

Als Behindertenvertrauenspersonen sehen wir täglich, dass Veränderung möglich ist, wenn Führungskräfte Verantwortung übernehmen und Betroffene von Anfang an eingebunden werden. Barrierefreiheit beginnt im Kopf, zeigt sich im Handeln und darf keine Vision bleiben. Nur wenn wir sie gemeinsam leben, wird Österreich wirklich ein Land für alle. o

gottfried.maier@wien.gv.at



Gottfried Maier
Vorsitzender-Stellvertreter
der Behindertenvertrauens-
personen der HG 1

Aus- und Weiterbildung (während der Dienstzeit)

Bedienstete der Stadt Wien verfügen über ein breites Spektrum an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Damit verbunden stellen sich zentrale Fragen: Welche Veranstaltungen dürfen während der Dienstzeit besucht werden? Wer entscheidet über die Teilnahme? Und wann sind sie kostenlos?

Neben dem Bildungsprogramm der Wien Akademie bietet auch youunion – Die Daseinsgewerkschaft zahlreiche Seminarangebote für Mitglieder an. Das Angebot umfasst Präsenzveranstaltungen, Workshops und moderne E-Learning-Formate, die flexibel und ortsunabhängig genutzt werden können. Damit lassen sich dienstliche Anforderungen mit individueller Weiterentwicklung verbinden.

Ein Teil der Angebote ist freiwillig, andere Maßnahmen sind verpflichtend. Dabei handelt es sich um Dienstausbildungen, die von der Dienstgeberin vorgeschrieben werden.

Dienstrecht als Rahmenwerk

Das Dienstrecht schafft klare Rahmenbedingungen: Wenn es die dienstlichen Interessen erfordern, haben Bedienstete die Pflicht, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen. Dazu zählen Ausbildungen, in denen notwendige Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt oder vertieft werden, ebenso wie praktische Unterweisungen. Diese verpflichtenden Lehrgänge gelten als Dienstzeit, sind kostenlos und werden im elektronischen Bildungspass dokumentiert. Die Dokumentation stellt sicher, dass absolvierte Qualifikationen jederzeit nachvollzogen werden können – etwa bei einem Dienststellenwechsel oder der Übernahme neuer Aufgaben.

Anders verhält es sich bei Weiterbildungen, die nicht unmittelbar im Interesse der

Dienstgeberin liegen. Diese können für die persönliche oder fachliche Entwicklung wertvoll sein, sind aber nicht zwingend erforderlich. Eine Teilnahme ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Führungskraft möglich und setzt voraus, dass der Dienstbetrieb nicht beeinträchtigt wird.

Zukunftsweisende Bildung

Weiterbildung wird bei der Stadt Wien somit nicht nur als individuelle Entwicklungschance verstanden, sondern als Teil einer modernen Verwaltungskultur. Verpflichtende Dienstausbildungen sichern die erforderlichen Kompetenzen, während genehmigte freiwillige Angebote das Wissen



Kurt Mrzena-Merdinger
HG 1-Vorsitzender-
Stellvertreter



Weiterbildung wird bei der Stadt Wien nicht nur als individuelle Entwicklungschance verstanden, sondern als Teil einer modernen Verwaltungskultur.

und die Fähigkeiten der Bediensteten über die unmittelbaren dienstlichen Anforderungen hinaus erweitern. Dieses Zusammenspiel von Pflicht und Wahlmöglichkeit trägt langfristig zur Qualität der Leistungen und zur Weiterentwicklung einer lernenden Verwaltung bei. ○

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Evaluierte Dienstausbildung

Die evaluierte Dienstausbildung ist gestartet. Was als gewerkschaftliche Forderung begann, wurde sozialpartnerschaftlich erfolgreich umgesetzt.



Nicole Tuschak
Politische Referentin
im Bundessekretariat
der youunion



Michael Lewisch
Leitender Referent für
Bildung, internationale
Vertretung, Organisations-
entwicklung und Jugend

Ziel der Evaluierung war es, auf die geänderten Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt zu reagieren, die internen Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten für Kolleg*innen zu fördern, eine raschere Qualifizierung zu ermöglichen und durch die Steigerung der Attraktivität der Dienstgeberin eine langfristige Bindung qualifizierter Mitarbeiter*innen zu gewährleisten.

Reduzierung der Vortragsstunden

Um dies garantieren zu können, ist es uns in sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen gelungen, die Dienstausbildung zu straffen und die Anzahl der Vortragsstunden um bis zu 49 Prozent zu reduzieren. Dies ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Ausbildung.

Praxisnähe & flexible Lernformen

Die Vorträge zu den einzelnen Modulen werden weiterhin überwiegend in Präsenzform stattfinden. Diese Präsenzmodule sollen eine einheitliche und magistratsweit relevante Grundqualifizierung sicherstellen und zur Förderung berufsübergreifender Vernetzung dienen. Ergänzend werden ausgewählte Inhalte auch als E-Learning-Module bzw. im Blended-Learning-Ansatz angeboten und sollen somit zur Wissensfestigung dienen.

Prüfungsfragen & Verständlichkeit

Aufgrund der Reduktion der Vortragsinhalte wurde die Anzahl der Prüfungsfragen angepasst. Großes Augenmerk wurde hierbei auch auf die Verständlichkeit und die Länge der Prüfungsfragen sowie auf die Konkretisierung der Antworten gelegt.


Prüfungsvorbereitung & Sonderurlaub

Trotz Reduzierung der Vortragsstunden ist es gelungen, einen Sonderurlaub (Prüfungsfreistellung unter Fortzahlung der Bezüge) anlässlich der Prüfungsvorbereitung im Ausmaß von bis zu 48 Stunden (abhängig von der Modellfunktion) zu vereinbaren. Der Sonderurlaub kann stundenweise und, wenn keine arbeitsorganisatorischen oder sonstigen zwingenden dienstlichen Gründe dagegen sprechen, auch tageweise gewährt bzw. verbraucht werden. Des Weiteren gebührt bei einem Wechsel einer bzw. eines Bediensteten, beispielsweise aus der Modellfunktion Verwaltung/

Administration Sachbearbeitung Allgemein in die Modellfunktion Verwaltung/Administration Sachbearbeitung Spezialisiert, zusätzlich für die ergänzenden Prüfungen ein Sonderurlaub im Ausmaß von vier Stunden.

Trotz der angespannten budgetären Lage ist es gelungen, bei einem ausgezeichneten Abschluss der Dienstausbildung eine Remuneration in Form von Freizeittagen (zwischen drei und sieben REMU-Tagen) zu verhandeln.

Fazit & Danke

Mit der evaluierten Dienstausbildung setzt man ein starkes Zeichen für moderne Ausbildung, Attraktivität und Qualität. Dieser Schritt ist ein gemeinsamer Erfolg der Kolleg*innen, der Dienstgebervertreter*innen und der youunion. Die Daseinsgewerkschaft. 

nicole.tuschak@youunion.at
michael.lewisch@wien.gv.at



Die gestraffte Dienstausbildung verbindet Präsenzmodule für eine gemeinsame Grundqualifizierung mit ergänzendem E-Learning, verbessert die Vereinbarkeit von Arbeit und Ausbildung und stärkt zugleich Vernetzung sowie nachhaltige Wissensfestigung.



Lehrlinge der Stadt Wien übernehmen Verantwortung und profitieren von Angeboten wie Lehre mit Matura sowie EDV- und Kommunikationskursen.

Lehre mit Perspektive – die Stadt Wien zeigt, wie's geht

Während Lehrlinge andernorts oft noch immer vor allem als günstige Arbeitskräfte gelten, setzt die Stadt Wien ein deutliches Zeichen: Hier steht Ausbildung für Qualität, Fairness und Zukunft.

Die Stadt Wien ist nicht nur der größte Arbeitgeber Wiens, sondern auch einer der engagiertesten Ausbilder. Mehr als zwanzig Lehrberufe – von Verwaltung über IT und Gartenbau bis hin zu Technik – zeigen, wie vielfältig Ausbildung im öffentlichen Dienst sein kann.

Was die Lehre bei der Stadt Wien besonders macht: Hier lernen junge Menschen nicht nur, wie etwas funktioniert, sondern auch, warum es wichtig ist. Lehrlinge sind Teil des Ganzen – sie übernehmen Verantwortung und tragen aktiv dazu bei, dass Wien funktioniert und sich weiterentwickelt.

Weiterkommen statt Stillstehen

Die Stadt Wien bietet ihren Lehrlingen viele Weiterbildungsmöglichkeiten, etwa durch die „Lehre mit Matura“, EDV- und Kommunikationskurse, Sprachtrainings oder Auslandspraktika. So

können sich Lehrlinge nicht nur fachlich, sondern auch persönlich weiterentwickeln. Auch nach der Ausbildung stehen viele Türen offen: Durchlässige Karrierewege machen es möglich, langfristig im öffentlichen Dienst Fuß zu fassen – mit Perspektive und Sicherheit.

Starke Vertretung und gelebtes Miteinander

Ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung ist die enge Zusammenarbeit zwischen Personalvertretung, Jugendvertretung, Lehrlingsmanagement und Dienststellen. Diese Partnerschaft sorgt dafür, dass Lehrlinge bestmöglich begleitet werden und dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Das ist Mitbestimmung in der Praxis – und ein Beispiel dafür, wie stark das Miteinander im öffentlichen Dienst gelebt wird.

Ein neues Kapitel

Seit September ist die Jugendabteilung der youunion – Die Daseinsgewerkschaft neu besetzt. Sie ist zentrale Anlaufstelle für Lehrlinge und junge Kolleg*innen im Vertretungsbereich und steht für eine engagierte, moderne Vertretungsarbeit.

Mit Sarah Popernitsch als Jugendvorsitzende und Lisa Fiala als Jugendreferentin wird das Jugendbüro von zwei erfahrenen und motivierten Vertreterinnen geleitet, die zuhören, unterstützen und anpacken.

Gemeinsam mit der Hauptgruppe 1 Jugend setzt sich das Team für die Interessen der Lehrlinge ein – offen, unkompliziert und auf Augenhöhe. Egal, ob es um Fragen zur Aus- und Weiterbildung oder um persönliche Entwicklung geht: Hier gibt es Unterstützung und eine starke Stimme für junge Menschen im öffentlichen Dienst. o



Phillip Böcskör
Jugendvorsitzender
der HG 1

jugend@youunion.at

HAUPTGRUPPE 1 JUGEND

Tel.: 01/31 316-83 677 | E-Mail: jugend@youunion.at



Lisa Fiala
Bundes- und Wiener
Landesjugendreferentin



Sarah Popernitsch
Bundes- und Wiener
Landesjugendvorsitzende



Christina Modliba
Administrative
Assistentin



Qualifikation ist keine soziale Wohltat, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Bildung in Europa – es fehlt an beiden Enden

Europa steht vor einer doppelten Herausforderung: Während Unternehmen und öffentliche Dienste händeringend Fachkräfte suchen, fehlen in den Bildungseinrichtungen selbst die Ressourcen, um sie auszubilden.

Europas Stärke hängt nicht von Sparpaketen, sondern von Bildung, Weiterbildung und fairen Arbeitsbedingungen ab. In Österreich und vielen EU-Staaten mangelt es quer durch alle Bereiche – von Verkehr über Pflege bis zur Elementar- und Erwachsenenbildung – an ausreichend qualifiziertem Personal.

Die Europäische Säule sozialer Rechte betont zwar das Recht auf hochwertige, inklusive Bildung und lebenslanges Lernen. Doch dieses Ziel bleibt ohne konkrete Umsetzung eine leere Formel.

Qualifikation ist keine soziale Wohltat, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Über 60 Prozent der neuen Jobs in Europa erfordern mittlere oder hohe Qualifikationen. Gleichzeitig fehlen laut CEDEFOP, dem Weiterbildungszentrum der EU, bis 2030 rund sieben Millionen Fachkräfte in systemrelevanten Berufen.

Investitionen in Menschen sichern Zusammenhalt

Ohne Investitionen in Menschen verliert Europa Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt.



Thomas Kattnig
Mitglied des
Bundespräsidiums der
youunion – Die Daseins-
gewerkschaft,
Mitglied im Europäischen
Wirtschafts- und
Sozialausschuss

Im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss haben wir betont: Der Fokus auf „Skills“ greift zu kurz. Europa braucht eine strategische Agenda für lebenslanges Lernen, die finanzielle Unterstützung betrieblicher Weiterbildung, Anerkennung internationaler Qualifikationen, Chancengleichheit und eine aktive Rolle der Sozialpartner umfasst.

Doch auch die Bildungseinrichtungen selbst stehen unter Druck. Eine Eurofound-Studie zeigt: In der Elementarpädagogik arbeiten viele Beschäftigte für Niedriglöhne, oft in Teilzeit und unter hohem Stress. Laut EPSU, der europäischen Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst, leidet der Sektor europaweit unter Unterfinanzierung und Überalterung. Das gefährdet nicht nur Qualität, sondern auch die Attraktivität des Berufs.

Ein Bildungseuro verdreifacht sich

Investitionen in Bildung zahlen sich aus: Jeder Euro bringt laut OECD und WIFO bis zu drei Euro an zusätzlicher Wirtschaftsleistung. Trotzdem wird der Bildungssektor noch immer als Kostenfaktor behandelt statt als Zukunftsmotor verstanden. Europa braucht deshalb ressortübergreifende Bildungsstrategien, die an beiden Enden ansetzen:

- Mehr Chancen für Weiterbildung – zugänglich, leistbar, berufsbegleitend.
- Bessere Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich – faire Bezahlung, sichere Verträge, Entwicklungsperspektiven.

Bildung ist das Rückgrat von Wirtschaft und Demokratie. Nur wer in Menschen investiert, investiert in die Zukunft Europas. ○

thomas.kattnig@youunion.at



Früherkennung und ganzheitliche Betreuung

Brustkrebs ist die häufigste Krebserkrankung bei Frauen in Österreich. Eine frühzeitige Erkennung kann Leben retten und die Heilungschancen deutlich erhöhen.



Sanatorium HERA

Löblichgasse 14, 1090 Wien
Telefonische Anmeldung
unter: +43 1 31350-45 444
www.sanatoriumhera.at

Jährlich erhalten mehr als 5.000 Frauen diese Diagnose – statistisch gesehen ist jede achte Frau im Laufe ihres Lebens betroffen. Das zertifizierte Brustgesundheitszentrum im Sanatorium Hera ist spezialisiert auf Vorsorge, Früherkennung, Therapie und Nachsorge bei Brustkrebs. Vielfältige Fachdisziplinen arbeiten zusammen, um Gesundheit zu fördern: Erfahrene Spezialist*innen aus Radiologie, Chirurgie, Gynäkologie, Psychoonkologie und Pflege stimmen sich in regelmäßigen Fallbesprechungen ab. Diese enge Zusammenarbeit ermöglicht eine individuell abgestimmte Behandlung, von der ersten Diagnose bis zur Nachsorge.

Die Radiologie des Hauses ist als Mammografie-Institut des österreichischen Brustkrebs-Früherkennungsprogramms anerkannt. Durch moderne Bildgebung – inklusive 3D-Mammographie und ergänzendem Ultraschall – können Veränderungen frühzeitig erkannt und präzise beurteilt werden. Sollte weiterer Behandlungsbedarf bestehen, stehen im

Brustgesundheitszentrum alle therapeutischen Optionen bereit, sowohl medikamentöse als auch operative.

Individuelle Therapiekonzepte

Im Sanatorium Hera stehen Patient*innen mit ihren persönlichen Bedürfnissen im Mittelpunkt. Jedes Therapiekonzept wird maßgeschneidert entwickelt – mit höchster Fachkompetenz, Empathie und menschlicher Zuwendung. Dieses Zusammenspiel garantiert eine Behandlung auf medizinisch wie emotional hohem Niveau.

Das Sanatorium Hera hat das anspruchsvolle Zertifizierungsprogramm zum „Zertifizierten Brustgesundheitszentrum“ erfolgreich abgeschlossen. Diese Auszeichnung bestätigt die Qualität und Sicherheit der angebotenen Diagnostik und Therapie und unterstreicht den Anspruch, Patient*innen bestmöglich zu begleiten.

Gesundheit mit Vertrauen – mitten in Wien

Im Sanatorium Hera verbinden sich moderne Medizin, menschliche Wärme und eine Atmosphäre des Vertrauens. Nehmen Sie Ihre Gesundheit in die Hand – vereinbaren Sie jetzt einen Termin. **o**

SANATORIUM HERA BRUSTGESUNDHEITZENTRUM

Löblichgasse 14
1090 Wien

Tel.: +43 1 31350-45 471

E-Mail:
bgz@sanatoriumhera.at
www.sanatoriumhera.at





Gemeinsam gesund – gemeinsam erfolgreich

Prävention senkt das Risiko für Krankheiten und Arbeitsunfälle und schafft gleichzeitig einen wirtschaftlichen Mehrwert, der nachweislich eine bis zu sechsfache Rendite erzielt.



AMZ der KFA Wien
Hermannsgasse 24-26
1070 Wien
T: +43 1 4000-45 693
office@amz-kfawien.at
www.amz-kfawien.at

Stellen Sie sich vor, jemand bietet Ihnen eine Investmentmöglichkeit mit 200 Prozent Rendite – wissenschaftlich belegt und praxiserprobt. Würden Sie zögern? Wenn dieses Investment zugleich das Wohl Ihrer Mitarbeitenden stärkt und das Miteinander im Unternehmen verbessert, dann lohnt sich ein genauer Blick: auf das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM).

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich viel getan: Dank klarer gesetzlicher Regelungen und engagierter Präventionsarbeit sind Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten deutlich zurückgegangen. Doch Gesundheit am Arbeitsplatz bedeutet heute weit mehr als das Einhalten von Vorschriften. Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) ist mittlerweile ein Erfolgsfaktor: Unternehmen, die in Gesundheit investieren, sichern die Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeitenden, fördern Motivation und schaffen eine Unternehmenskultur, in der man nicht nur gut arbeiten kann, sondern auch arbeiten will.

Gesundheit als Erfolgsfaktor

Ein hochwertiges Gesundheitsmanagement bedeutet Verbesserung, ohne personelle oder finanzielle Mehrkosten: In zahlreichen Studien konnte belegt werden, dass sich Investitionen in die Gesundheit der Mitarbeitenden bis zu sechsmal rentieren können. Weniger Ausfälle, mehr Engagement, bessere

Zusammenarbeit. Ein gesundes Unternehmen ist produktiver und attraktiver – für neue Talente ebenso wie für langjährige Mitarbeitende.

Jedes Unternehmen muss wirtschaftlich denken. Umso wichtiger ist es, der Gesundheit der Mitarbeitenden Beachtung zu schenken. Denn diese hat direkten Einfluss auf den Unternehmenserfolg. Während der gesetzliche Arbeitsschutz den Rahmen vorgibt, bleibt das Potenzial der BGF nach oben offen. Für Führungskräfte bedeutet das: Wer aufmerksam zuhört, Belastungen erkennt und Gesundheit fördert, schafft nicht nur Vertrauen, sondern stärkt auch den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens.

Partner für gesunde Unternehmen

Das Arbeitsmedizinische Zentrum der KFA Wien begleitet den Kernmagistrat auf diesem Weg mit einem breiten Angebot an Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung. Unser Ziel: ein Arbeitsumfeld, in dem Menschen sicher sind und gerne leisten, was sie leisten. Unser Team steht Ihnen mit Erfahrung und Engagement zur Seite – nur einen Anruf entfernt.

Den vollständigen Artikel mit Quellenangaben und Informationen zu unseren Angeboten finden Sie auf: intrex.kfhe.net (zugänglich für alle Mitarbeiter*innen des Magistrats). 



Influenza kann Betroffene wochenlang außer Gefecht setzen. Schutz bietet die jährlich angebotene Gratisimpfung, die österreichweit in vielen Ordinationen und Gesundheitsdiensten erhältlich ist.

Die aktuelle Grippesaison

Warum die saisonale Influenza-Impfung ein Gewinn für Angestellte, Arbeiter*innen und Dienstgeberin ist.

Dr. Daniel Tiefengraber
MA 15 Gesundheits-
dienst; Team Impfwesen

Die Influenza, auch „echte“ Grippe genannt, ist eine Viruserkrankung. Sie beginnt meist plötzlich mit hohem Fieber, Husten, Muskel-, Glieder- oder Kopfschmerzen und allgemeiner Schwäche. Vor allem bei Menschen mit schwachen Abwehrkräften und älteren Personen können bestehende chronische Erkrankungen verstärkt werden. Grippe kann insgesamt zu schweren Gesundheitsproblemen führen, etwa zu Lungenentzündung oder zur Entzündung des Herzmuskels.

Echte Grippe oder grippaler Infekt?

Wichtig ist die Unterscheidung zwischen einer echten Grippe (Influenza) und einem grippalen Infekt. Bei einem grippalen Infekt ist das Fieber nicht so hoch und die Krankheit verläuft leichter und schneller. Die echte Grippe hingegen kann Personen mitunter wochenlang zur Bettruhe zwingen. Der wichtigste Unterschied: Gegen die „echte“ Grippe bietet die jährlich angebotene Gratisimpfung Schutz!

Der beste Zeitpunkt für den Schutz ist jetzt!

Die Grippesaison beginnt bei uns im Spätherbst und erreicht ihren Höhepunkt meist zwischen Dezember und Februar. Die Influenzaviren verändern wegen ihrer hohen Mutationsrate ständig das Aussehen.

Deshalb wird jährlich eine aktualisierte Impfstoffvariante entwickelt, die unser Immunsystem bestmöglich vorbereitet. In Österreich ist die

„Grippeimpfung“ kostenlos in vielen Arztordinationen, beim Gesundheitsdienst der Stadt Wien und bei Arbeits- oder Betriebsärzt*innen möglich.

Betriebswirtschaftliche Vorteile der Impfung

Wenn viele Menschen in der Arbeit und im Betrieb geschützt sind, bringt das auch messbare betriebswirtschaftliche Vorteile. Studien zeigen, dass geimpfte Personen im Schnitt um 40 bis 60 Prozent seltener an einer laborbestätigten Influenza erkranken. Selbst wenn sie infiziert werden, verläuft die Erkrankung fast immer milder.

Jeder ausgefallene Arbeitstag kostet Unternehmen nicht nur Lohn, sondern auch Produktivität und verursacht bürokratischen Mehraufwand (Vertretung, Überstunden etc.). Laut dem deutschen Robert Koch-Institut liegt die durchschnittliche Arbeitsausfallzeit pro Grippeinfektion bei etwa 3,5 Tagen. Durch Schutzimpfungen kann diese Zahl um bis zu ein Drittel gesenkt werden.

Schutz für die gesamte Belegschaft

Besonders gefährdet sind Menschen mit chronischen Vorerkrankungen (z. B. Asthma, Diabetes, Herz-Kreislauf-Beschwerden). Wenn die Belegschaft im Umfeld gesund bleibt, senkt sich durch den sogenannten Gemeinschaftsschutz auch das Risiko für besonders vulnerable Gruppen wie stark immungeschwächte Mitarbeiter*innen. ○

daniel.tiefengraber@wien.gv.at

Informationen zur Grippe-Impfung

www.impfservice.wien

www.gesundheitskasse.at





Wahrzeichen der Stadt, Spiegel ihrer Geschichte, größtes Amtsgebäude und Fest- und Repräsentationsraum des Wiener Bürgertums – kreiert von Friedrich von Schmidt.

Zum 200. Geburtstag des Architekten Friedrich von Schmidt zeigt die Wienbibliothek eine Ausstellung über das Wiener Rathaus. In Zusammenarbeit mit dem Wien Museum werden noch bis 30. April 2026 im Rathaus bei freiem Eintritt Zeichnungen, Gemälde, Fotografien, Bücher und historische Ausstattungsgegenstände gezeigt.

Sie vermitteln die komplexe Bau- und Nutzungsgeschichte des Rathauses. Höhepunkte sind die Entwürfe Schmidts, ein Modell des Rathausmanns und eine secessionistische Uhr aus dem Rathauskeller.


Ein eigenes Kapitel widmet sich dem Leben und Schaffen des Architekten Friedrich von Schmidt. Hier werden auch Erinnerungsgegenstände aus dem Familienbesitz erstmals öffentlich präsentiert.

Historische Räumen

Das eindrucksvollste Exponat ist jedoch das Rathaus selbst, samt seiner Innenausstattung: Die Bibliothek öffnet für die Ausstellung ihre historischen Räume, die 1886 eingerichtet wurden und noch die ursprüngliche Möblierung aufweisen. Hier werden Objekte aus 140 Jahren Rathausgeschichte aus dem Bestand der Wienbibliothek präsentiert – vom Ball der Stadt Wien bis zum Life Ball, von der Eröffnungsausstellung 1883 bis zum 1. Mai des Roten Wien



–, ergänzt durch eine Auswahl von Plakaten, welche die ikonische Silhouette des Wiener Rathauses in Szene setzen.

Das Ausstellungskonzept stammt von **Andreas Nierhaus**, Kurator Wien Museum. Weitere Beteiligte sind der Kurator Wienbibliothek, **Gerhard Muraier**, sowie die kuratorischen Mitarbeitenden **Christoph Freyer** und **Franz J. Gangelmayer**. 

Die Ausstellung ist noch bis **30. April 2026** in der Wienbibliothek im Rathaus, Ausstellungskabinett, Foyer und Lesesaal, zu sehen.

Genaue Adresse: 1010 Wien, Rathaus, Eingang Felderstraße, Stiege 6, Glaslift, 1. Stock.

Informationen unter:
+43 1/40 00-849 20

Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag 9:00 bis 19:00 Uhr
Freitag 9:00 bis 17:00 Uhr
Geschlossen: Sa., So. und Feiertage
Eintritt frei!

„RATHAUS WIEN“

Anita Eichinger, Franz J. Gangelmayer, Gerhard Muraier, Andreas Nierhaus (Hg.).
Wien, Salzburg: Residenz Verlag 2025
ISBN: 978-3-7017-3652-2 | 400 Seiten
mit zahlr. Abb. | **30,00 €**

Ein Abend der Begegnung

Herzlichen Dank für die zahlreiche Teilnahme am Mitarbeiter*innenfest der Hauptgruppe 1 im Arkadenhof! Mit weit mehr als 1.000 Besucher*innen war das Fest auch dieses Jahr ein eindrucksvolles Zeichen dafür, was diese Stadt besonders macht: Unsere Kolleg*innen, die tagtäglich mit ihrem Einsatz, Engagement und dem starken Zusammenhalt unsere großartige Stadt am Laufen halten.

Großen Anklang fand auch das Gewinnspiel, bei dem sich knapp 430 Kolleg*innen registriert haben. Zu gewinnen gab es heuer drei Candlelight-Dinner für je zwei Personen. Die glücklichen Gewinner*innen wurden bereits per E-Mail benachrichtigt. Besonders freuen wir uns, dass wir – wie im Vorjahr – erneut einen tollen Beitrag für den Bright Eyes Fonds in Höhe von € 10.067,74 durch Spenden sammeln konnten. Ein besonders herzliches Dankeschön gilt dafür auch den beiden Kreativclubs, die wieder mit viel Engagement und Kreativität liebevolle Adventgeschenke bereitgestellt haben.

Danke, dass Sie dieses Fest zu etwas Besonderem gemacht haben. Wir freuen uns schon auf unsere nächsten gemeinsamen Veranstaltungen 2026! 📍

teamwork@hg1.wien.gv.at

Mehr Bilder vom Fest:





Oase für Gemeindebedienstete

Nach dem Dienst Dampf ablassen oder Fitness verbessern: KSV Wien seit Jahrzehnten Anlaufstelle für Bedienstete und ihre Familien.



Kultur- und Sportvereinigung der Wiener Gemeindebediensteten

1020 Wien
Rustenschacherallee 3
T +43 1/720 84 91
office@ksv-wien.at
www.ksv-wien.at



Martin Sentall
Geschäftsführer Kultur- und Sportvereinigung der Wiener Gemeindebediensteten

Die weitläufige, ganzjährig geöffnete Anlage des KSV Wien in der Rustenschacherallee im 2. Bezirk ist die erste Adresse für alle Wiener Gemeindebediensteten und ihre Familien, die aktiv leben, neue Hobbys entdecken oder einfach in angenehmer Atmosphäre entspannen möchten.

Sport und Bewegung:


- **Padel-Tennis:** Erleben Sie den rasanten Trendsport auf unseren modernen Padel-Plätzen.
- **Tennis:** Zehn gepflegte Sandplätze (vier davon mit Flutlicht) sowie zwei Hallen-Sandplätze warten auf Ihr Match.
- **Fußball & Beachvolleyball:** Buchen Sie unsere Kunstrasenplätze bzw. den Beachvolleyballplatz für Team-Action unter Freund*innen oder Kolleg*innen.
- **Minigolf:** Vergnügen für die ganze Familie auf 18 abwechslungsreichen Bahnen.
- **Kursprogramm:** Von Yoga über Nordic Walking bis zu speziellen Kursen – wir bieten Ausgleich und neue Impulse für Körper und Geist.

Kultur und Erholung:

Der KSV Wien ist viel mehr als nur Sport. Wir fördern die kulturelle und soziale Gemeinschaft mit einem vielseitigen Angebot:

- **Hotel & Restaurant:** Nutzen Sie unser gemütliches Hotel für Gäste oder Seminare und genießen Sie herzhaftes Essen in unserem klimatisierten Restaurant mit Terrasse. Ein idealer Ort für private Feiern und dienstliche Veranstaltungen.
- **Seminarräume:** Drei top ausgestattete Räume für Ihre Meetings und Schulungen.
- **Wellness:** Entspannen Sie in unserer Sauna und laden Sie Ihre Batterien wieder auf.

Gemeinschaft und Vorteile:

Der KSV Wien ist Ihr Netzwerk. Hier treffen Sie Kolleg*innen in einem ungezwungenen Umfeld, tauschen sich aus und bauen Freundschaften auf. Profitieren Sie von attraktiven Preisen und der direkten Anbindung zum Prater. 

sentall@ksv-wien.at

IHRE VORTEILE AUF EINEN BLICK

Lage:

Rustenschacherallee 3, 1020 Wien
(Nähe Prater)

Angebot:

Padel, Tennis, Fußball, Beachvolleyball, Minigolf, Sauna, Kurse, Hotel, Restaurant, Seminarräume.

Besonderheit:

Exklusive Tarife für younion-Mitglieder.

ECHT GUT!**ECHT BÖSE!**

„Immer, wenn die FPÖ am Ruder ist, geht es abwärts und die Menschen zahlen drauf. Das zeigen die Krankenkassenzerschlagung und die Einführung des 12-Stunden-Tags genauso wie die Kürzungen bei den Spitälern in der Steiermark und das Streichen des Pflegebonus in Salzburg.“

Klaus Seltenheim, SPÖ-Bundesgeschäftsführer, OTS 20.11.2025



„Demokratie lebt von Austausch, Teilhabe und gegenseitigem Respekt. In Zeiten zunehmender Polarisierung, autoritärer Tendenzen und digitaler Desinformation ist es daher wichtiger denn je, diese Werte zu verteidigen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit.“

Bürgermeister Michael Ludwig, nach einem Jahr als „Europäische Demokratiehauptstadt“, anlässlich der Staffelübergabe an den Bürgermeister der nächsten Europäischen Demokratiehauptstadt Cascais (Portugal), Nuno Piteira Lopes. OTS vom 19.11.2025



„Es ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit.“

Finanzminister Markus Marterbauer, (SPÖ) zum Betrugsbekämpfungspaket, das 270 Mio. Euro bringen soll, orf.at, 23.11.2025



„Gigantisches Wellnesspaket für Politiker und Klimagläubige aus aller Welt.“

Roman Haider, Europaparlamentarier der FPÖ, über die Klimakonferenz in Belém, Brasilien, OTS-Aussendung vom 24.11.2025



„Propagandainstrumente einer politischen Schattengesellschaft“, „Teil der Macht für Um-erziehungsprogramme und betreutes Denken“, „Vertreter von Regenbogenkult und Klimaschutz-religion“, „Heuchler, die die Gesellschaft mit Moralin fluten.“

Herbert Kickl, FPÖ-Bundesparteiobermann, über NGOs, profil, 23.10.2025



Barbara Blaha MEIN STANDPUNKT

Kürzungspolitik als Nährboden für Rechtsruck

Österreichs Staatsschulden sind laut den europäischen Maastricht-Kriterien, die uns einen bestimmten maximalen Schuldenstand vorgeben, zu hoch. Sparen sollen nun alle – Bund, Länder, Gemeinden. Spart der Staat jedoch in die Krise, spart er Vertrauen weg. Wo Bibliotheken schließen, wo der Bus nur noch einmal am Tag fährt oder wo die Kinderbetreuung dünn ist, dort bröckelt das Wir-Gefühl. Menschen fühlen sich dann abgehängt und verlieren das Zutrauen in das Versprechen, dass die Demokratie für alle da ist.

Eine Steilvorlage für rechte Parteien, denn: Autoritäre Tendenzen wachsen dort, wo Unsicherheit wächst. Menschen, die sich ohnmächtig fühlen, greifen eher zu einfachen Erklärungen und nach „starken“ Händen. Eine Studie des WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, Anm.) in Deutschland zeigt: Je größer die ökonomische Unsicherheit, desto stärker die Zustimmung zu autoritären Orientierungen. Das hat wenig mit „Charakter“ zu tun und viel mit Rahmenbedingungen. Wer hart arbeitet, aber dennoch kaum über die Runden kommt, wer erfährt, dass politische Entscheidungen scheinbar immer an den gleichen Interessen scheitern, der sucht nach Halt.

Wenn wir dafür sorgen, dass die Voraussetzungen für ein gutes Leben gegeben sind, wo Kinderbetreuung, Pflege, Wohnen und Mobilität gesichert sind, dort, wo Menschen erleben, dass ihre Arbeit anerkannt wird und dass ihr Einsatz zählt, dort ist es schwerer, Menschen gegeneinander aufzubringen. ○



Barbara Blaha ist Leiterin des Momentum Instituts und Herausgeberin des dazugehörigen Moment Magazins.

WAS VIELE NICHT WISSEN ...

Mythos vs. Fakt: Kann man sich über die Blindenakustik schneller Grün bei der Ampel holen?

Die Fachabteilung „Wien leuchtet“ verrät es euch.

Hartnäckig hält sich ein Mythos unter Fußgänger*innen: Wer bei einer Ampel nicht auf das normale Anmeldefeld drückt, sondern stattdessen die sogenannte Blindenakustik aktiviert, die sich auf der Unterseite des Anmeldetableaus befindet, könne sich angeblich schneller eine Grünphase „erschleichen“. Doch ist etwas dran an dieser Behauptung?

Die klare Antwort lautet: Nein, das funktioniert nicht. Die Blindenakustik ist kein „Geheimschalter“ für Ungeduldige, sondern ein wichtiges Hilfsmittel für sehbeeinträchtigte Menschen. Sie dient ausschließlich dazu, akustische Signale zu aktivieren, die das sichere Überqueren der Straße ermöglichen. Dieses Signal wird über die Unterseite des Anmeldetableaus aktiviert. Dort befindet sich ein taktiler Knopf, den sehbeeinträchtigte Personen ertasten und drücken können.

Sichtbare Anmeldefelder für Sehende

Die gegebenenfalls vorhandene Fußgänger*innenanmeldung hingegen erfolgt über die Vorderseite des Anmeldetableaus. Beide Systeme sind voneinander getrennt und erfüllen unterschiedliche Funktionen. Durch das Drücken der Blindenakustik schaltet die Ampel also nicht schneller auf Grün. Auch mehrfaches oder längeres Drücken bringt nichts, „Morsecode“ gibt es keinen.

Diese Mythen zeigen, wie leicht Technik missverstanden und wie schnell daraus ein typisches Wiener G'schichtl wird! 📍

natasa.vukovic@wien.gv.at



Neben akustischen Signalen unterstützen tastbare Schilder und Bodenrillen beim sicheren Überqueren der Straße.